

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

8. Sitzung
20. Mai 2022

Beginn: 10.06 Uhr
Schluss: 15.20 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**
Hier: Einzelplan 10 (SenBJF) und Einzelplan 12
Kapitel 1250 – Maßnahmegruppe 10 –
Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie sowie Einzelplan 27 Kapitel 2710 –
Aufwendungen der Bezirke – Bildung, Jugend und
Familie –
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)

[0057](#)
BildJugFam
Haupt(f)

– 2. Lesung –

In die Beratung werden folgende Vorgänge einbezogen:

Sammelvorlage Teil 1 SenBJF – ZS B – vom 28.04.2022 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie Haushaltsberatung 2022/2023	0057-01 BildJugFam
Sammelvorlage Teil 2 SenBJF – ZS B – vom 04.05.2022 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie Haushaltsberatung 2022/2023	0057-02 BildJugFam
Sammelvorlage Teil 3 SenBJF – ZS B – vom 12.05.2022 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie Haushaltsberatung 2022/2023	0057-03 BildJugFam
Sammelvorlage Teil 4 SenBJF – ZS B – vom 13.05.2022 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie Haushaltsberatung 2022/2023	0057-04 BildJugFam

Vorsitzende Ellen Haußdörfer teilt mit, dass als Tischvorlage eine Synopse verteilt worden sei, anhand derer sie die zweite Lesung der Haushaltsberatungen durchführen werde. Die Synopse enthalte alle vorab eingegangenen Änderungsanträge der Fraktionen sowie Verweise auf die Berichte der Senatsverwaltung in den Sammelvorlagen. Zudem lägen als Tischvorlage nachgereichte Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen vor. – Weiteres Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

Thorsten Weiß (AfD) kündigt an, seine Fraktion werde angesichts der vielen Änderungsanträge auf mündliche Begründungen verzichten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer bedankt sich bei den Mitarbeitenden der Bildungsverwaltung, der Senatskanzlei und des Ausschussbüros für die fristgerechte, umfangreiche und qualitativ hochwertige Anfertigung der Berichte und die Vorlage der Synopse. Sie fordere die Ausschussmitglieder auf, die Berichte auch in die inhaltlichen Diskussionen künftiger Ausschusssitzungen einzubeziehen.

Generalaussprache

Marcel Hopp (SPD) hebt hervor, dass es sich bei dem Bildungsetat nicht nur um einen der größten sondern auch um einen der wichtigsten Einzelpläne des Doppelhaushalts handele. Es gehe um nichts weniger als um die Einhaltung des Bildungsversprechens, dass jedem Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gute und gerechte Bildung zustehe. Im Vergleich mit den anderen OECD-Ländern sei die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft in Deutschland weiterhin am größten. Berlin arbeite seit vielen Jahren daran, diese Abhängigkeit zu reduzieren. Diese Arbeit solle fortgesetzt werden. Gleichzeitig stehe man nach zwei Jahren Pandemie vor den großen Herausforderungen, einerseits die psychosozialen Schäden und andererseits die Lernlücken zu beheben bzw. zu schließen. Auch wenn Corona möglicherweise in absehbarer Zeit enden werde, blieben die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche noch lange bestehen und müssten politisch gelöst werden. Vor diesem Hintergrund bedanke er sich bei SenBJF dafür, dass die nicht abgerufenen Mittel des Programms „Stark trotz Corona“ auch noch im nächsten Jahr zur Verfügung stünden.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine führe zu weiteren Herausforderungen im Berliner Bildungssystem. Jeder dritte Geflüchtete, der nach Berlin komme, sei schulpflichtig. Schulpflicht gelte nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern verpflichte auch den Staat zur Verantwortung. Die Bewältigung dieser Herausforderungen werde zum größten Teil nicht im Einzelplan 10 etatisiert. Die Regierungsfractionen gewährleisteten aber, dass allen geflüchteten Kindern und Jugendlichen gleichwertige und gute Bildung im Regelsystem zuteilwerde.

Der fachpolitische Anspruch der Koalitionsfractionen bleibe in den nächsten zwei Jahre weiterhin hoch. Seine Fraction sei, unter der Voraussetzung, dass die Änderungsanträge angenommen würden, mit dem Bildungsetat sehr zufrieden. Der vorliegende Haushaltsplan sei entgegen den öffentlich geäußerten Behauptungen in den letzten Wochen kein „Kürzungsplan“. Im Vergleich mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 sei dieser Doppelhaushalt und auch der Einzelplan 10 u. a. hinsichtlich der Personalausgaben und Investitionen unter Bereinigung der Coronaausgaben angewachsen. Es sei nicht immer einfach gewesen, innerhalb des Finanzrahmens und auf Grundlage des Koalitionsvertrages Kontinuität und die Realisierung neuer Impulse zusammenzubringen.

Es gebe zum Teil unterschiedliche Auffassungen, welche Maßnahmen priorisiert werden sollten. Beispielsweise hätten die Koalitionsfractionen mit Verwunderung und auch Protest zur Kenntnis genommen, dass im ersten Entwurf zum Bildungsetats der Verfügungsfonds gestrichen worden sei. Für die Koalitionsfractionen stehe fest, das Konzept der eigenständigen Schule benötige finanzielle Mittel. Die Koalitionsfractionen hätten sich in den letzten Wochen dafür intern sehr stark gemacht. Auch der Presse sei zu entnehmen, dass der Verfügungsfonds auf der Spitzenebene der drei Regierungsfractionen voraussichtlich zurückgeholt werden könne. Das entlaste die Fachpolitikerinnen und -politiker, da die Summe von mindestens 7,6 Mio. Euro im Einzelplan nicht ohne Kürzungen an anderer Stelle finanziert werden könne.

Bewährte Programme wie das Bonus-Programm, die Berlin-Challenge und die Brennpunktzulage für Lehrkräfte sollten im Sinne der Kontinuität weitergeführt werden. In den härtesten Kiezen würden die besten Schulen gebraucht, und Schulen in herausfordernder Lage sollten

mehr politische Unterstützung erhalten. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen stärken noch einmal die bildungspolitische Ausrichtung des Bildungsetats, so würden Gemeinschaftsschulen, u. a. durch die erneute Einrichtung einer Längsschnittstudie und der Etablierung des Personals bei SenBJF, unterstützt, die Fusion von Grund- und Oberschulen gefördert, Fortbildungen erweitert und die Qualität des „echten“ Ganztags u. a. durch die Unterstützung der „Serviceagentur Ganztags“ gesteigert. Es würden Mittel für die psychosoziale Arbeit und die Bewältigung der vielschichtigen Folgen, die durch die Coronapandemie für die Schülerinnen und Schüler und für die Schulen entstanden seien, bereitgestellt. Auf dem Weg zur digitalen Schule würden sowohl bei der Infrastruktur als auch mit einer starken Fortbildungsstruktur große Schritte unternommen.

Für die Koalitionsfraktionen sei Schule mehr als nur Fachunterricht. Die Aufgaben und pädagogischen Herausforderungen seien in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Daher müssten multiprofessionelle Teams ausgebaut und die Schulsozialarbeit gestärkt werden. Die außerunterrichtliche Bildungsarbeit solle fortgeführt und gesichert werden, vor allem in den Bereichen Theaterpädagogik, queere Bildung, Antidiskriminierung und Diversity. Die Kürzungsvorschläge der AfD-Fraktion offenbarten dagegen ein rückwärtsgewandtes, menschenverachtendes Menschen- und Gesellschaftsbild und seien mit den Koalitionsfraktionen nicht zu machen. Die Koalitionsfraktionen stünden für die diverse, multiethnische und pluralistische Gesellschaft ein und würden diese im Bildungsbereich weiter stärken. Darüber hinaus sollten das lebenslange Lernen, die Erwachsenenbildung und die politische Bildungsarbeit über die Schule hinaus gestärkt werden.

Diese Schwerpunkte trügen die konsequente Handschrift der rot-grün-roten Koalition im Sinne der Zielstellung des Koalitionsvertrags. Vor diesem Hintergrund hätten die Koalitionsfraktionen einige Verschiebungen im Einzelplan vorgenommen, die eine Finanzierungsgrundlage für eine gute Bildung in Berlin für die kommenden zwei Jahre ermöglichten.

Außerhalb des Einzelplans 10 werde mehr Geld für die Lehrkräftebildung benötigt, um eine bedarfsgerechte Ausbildung sicherzustellen. Dafür seien mehr Investitionen in dem Bereich Wissenschaft und Forschung notwendig. Ferner würden mehr Mittel im Schulbau benötigt, um sowohl den wachsenden Schulplatzbedarf als auch die Unterrichtsqualität zu sichern. Die hart erkämpften Schulbaustandards im Neubau müssten erhalten bleiben und ein Rückgang zu Flurschulen verhindert werden.

Er bedanke sich bei der Bildungsverwaltung für den Haushaltsplanentwurf, der eine gute Grundlage für weitere Schwerpunktsetzungen geschaffen habe, und für die Beantwortung der vielen Berichte, darüber hinaus bei allen Akteurinnen und Akteuren außerhalb des Abgeordnetenhauses, die die Koalition kontaktiert, beraten und politisch unterstützt hätten, und bei seinen Kolleginnen und Kollegen der Koalition für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Sevim Aydin (SPD) dankt ebenfalls SenBJF und den Koalitionspartnern für die gute Zusammenarbeit. – Die Coronapandemie habe die Berufsorientierung stark beeinflusst. Das gemeinsame Ziel der Koalitionsfraktionen sei es, das Landeskonzept zur Berufs- und Studienorientierung weiter zu entwickeln und neue Akzente zu setzen. Dafür würden im aktuellen Haushalt bspw. die Schulpaten mit jeweils 150 000 Euro weiter gestärkt. Der Talentecheck und die integrierte Berufsausbildung sowie Angebote gegen Schuldistanz, wie das Produktive Lernen,

würden fortgeführt. Die Änderungsanträge nähmen insbesondere benachteiligte Jugendliche in den Fokus, u. a. werde das Modellvorhaben der Einrichtung „Arbeit und Leben“, das auch geflüchteten Jugendlichen dabei helfe, in eine Berufsausbildung zu kommen, fortgesetzt und verstärkt.

Die Berufswahlentscheidung hänge nicht allein von der schulischen Berufsorientierung ab, entscheidend seien auch die kulturellen und politischen Angebote, die die Persönlichkeitsentwicklung und Selbstwirksamkeit der Jugendlichen förderten. Beide Bereiche seien in den Änderungsanträgen noch mal verstärkt worden.

Die Pandemie habe auch das Arbeitsleben der Berufsschulen stark verändert. Es sei wichtig, den Berufsschulen einerseits IT-Administratoren und andererseits den Verfügungsfonds zur Verfügung zu stellen. Sie hoffe darauf, dass die Fraktionsspitze bei ihren Haushaltsberatungen den Verfügungsfonds für alle Schulformen erhalten werde.

Ellen Haußdörfer (SPD) hebt hervor, sie sei als jugendpolitische Sprecherin ihrer Fraktion gegen den Wunsch nach Investitionsmaßnahmen, die für den Einzelplan 10 zu groß seien. Das betreffe u. a. die Kitasanierung und den Kitaausbau. Die Koalitionsfraktionen wünschten sich einen Dreiklang aus Qualität, Quantität und Fachkräftesicherung für Kinder, Jugendliche und Familien. Vor diesem Hintergrund würden Unterstützungsstrukturen, wie die Erziehungs- und Familienberatungsstellen, gestärkt. Zudem solle eine offensive politische Bildung vorangetrieben und z. B. ein Schwerpunkt auf die Förderung des Landesamts für politische Bildung, das sich u. a. für das „Wahlrecht ab 16“ einsetze, gelegt werden. Hinzu kämen Modellprojekte im frühkindlichen Bereich, insbesondere zur Sprachförderung und zur Kitasozialarbeit.

Darüber hinaus liege den Koalitionsfraktionen die Digitalisierung der Kinder- und Jugendhilfe am Herzen. Es sei im Familienbeirat am vergangenen Mittwoch auch thematisiert worden, dass die Koalitionsfraktionen beabsichtigten, das Berliner Familienportal sowohl digital als auch inhaltlich auszubauen. Des Weiteren hätten die Koalitionsfraktionen das Thema Fachkräftesicherung beim Erziehungsdienst angesprochen. Es gehe einerseits um den grundsätzlichen Aufbau und Erhalt von nachhaltigen Unterstützungsstrukturen im Bereich Prävention und andererseits um eine Strategieentwicklung.

Ein weiteres Thema seien Räume in der Stadt, die Kindern, Jugendlichen, Eltern und Familien zur Verfügung stünden. Dafür müssten soziale Infrastrukturen gesichert, aber auch neue Strategien, wie die Mehrfachnutzung, in langfristige Konzepte einmünden. Das Ziel der Koalitionsfraktionen sei es, dass der genannte Dreiklang aus Qualität, Quantität und Fachkräftesicherung sowohl im frühkindlichen Bereich als auch bei der Kinder- und Jugendhilfe in diesem Haushalt und auch darüber hinaus gesichert werde.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) dankt allen Mitarbeitenden der Fachebene für deren Expertise sowie der Hausspitze von SenBJF für die Unterstützung im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen. – An den Änderungsanträgen lasse sich ablesen, dass noch einiges im Haushalt bewegt worden sei. Es seien aber auch Punkte identifiziert worden, die den Koalitionsfraktionen zwar wichtig seien, aber nicht noch einmal bewegt hätten werden können, ohne dass die gesamte Haushaltssystematik auseinandergefallen wäre. Dazu zähle der Kitaausbau,

der jetzt und nicht erst am Ende der Legislaturperiode vorangebracht werde müsse, und der Verfügungsfonds.

Es gehe derzeit eine Krise in die andere über, die jeweils massive Auswirkungen auf die Kinder, Jugendlichen und Familien hätten. Gleichzeitig stünden sprudelnde Steuerquellen wie in der Vergangenheit nicht mehr zur Verfügung. Deshalb hätten die Koalitionsfraktionen Schwerpunkte festlegen müssen, die in den Änderungsanträgen noch einmal verstärkt worden seien. Da die psychosoziale Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien besonders wichtig sei, um die Folgen der Krisen aufzufangen, solle den Erziehungs- und Familienberatungsstellen, deren Mittel seit Jahren nicht angehoben worden seien, in einem Jahr bis zu 4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Im Bereich der Schulpsychologie sollten die SIBUze gestärkt werden. Sie hoffe, dass dieses Vorhaben von den Haushälterinnen und Haushältern im Stellenplan umgesetzt werde. Im Rahmen der Inklusion habe SenBJF bereits wichtige Punkte des Koalitionsvertrags umgesetzt, insbesondere im Bereich der pädagogischen Unterrichtshilfen. Darüber hinaus seien die Mittel für das Care- und Casemanagement für chronisch und lebensverkürzend erkrankte Kinder und Jugendliche, für das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg – SFBB –, für die unabhängige Beschwerdestelle Antidiskriminierung und für die Durchführung von Evaluationen der Schulaufsicht erhöht worden.

Darüber hinaus hätten die Koalitionsfraktionen selbst die pädagogischen Unterrichtshilfen verstärkt. Ziel sei es, 50 zusätzliche Stellen einzurichten. Die Natur- und Werkpädagogik werde stärker unterstützt, um Kindern und Jugendlichen aus Stadtquartieren einen Bildungszugang über Naturerlebnisse zu ermöglichen. Ferner seien in den Bereichen kulturelle Bildung, Diversität, Antidiskriminierung sowie bei Projekten zur Prävention von sexueller Gewalt Kürzungen aufgefangen bzw. Mittel erhöht worden. Als interdisziplinäres Projekt sei u. a. das Childhood-House in den Einzelplan aufgenommen worden, um sowohl Ermittlungsverfahren als auch die Nachsorge bei minderjährigen Opfern sexueller Gewalt zu unterstützen.

Louis Krüger (GRÜNE) hebt hervor, dass es bereits vor der Pandemie Lehrkräftemangel, fehlende Schulplätze und schleppende Digitalisierung im Bildungsbereich gegeben habe. Diese Herausforderungen hätten leicht zu einem aktionistischem Handeln führen können. Jedoch hätten die Entscheidungen, die jetzt getroffen würden, auch Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche in 20, 30 und 40 Jahren. Deshalb hätten die Koalitionsfraktionen sehr genau überlegt, an welchen Stellen Geld aktuell etwas bewirken könne und wo noch eine gedankliche Schleife gedreht werden müsse. Um zu verhindern, dass Geld liegenbleibe oder für das Falsche ausgegeben werde, seien wissenschaftliche Erkenntnisse in die politischen Entscheidungsfindungen einbezogen worden.

Er habe in seinen ersten Haushaltsberatungen gelernt, der Verlockung zu widerstehen, aus dem Bauch heraus zu entscheiden. Eine weitere Erkenntnis sei gewesen, dass Projekte nicht über Jahre hinweg erfolgreich aufgebaut werden sollten, um sie dann auf der Spitze des Erfolgs zu beenden und das nächste Projekt anzufangen. Das bedeute im Umkehrschluss aber nicht, dass alle Projekte ewig finanziert werden sollten, nur weil es sie schon immer gegeben habe. Die Projekte sollten evaluiert und dann ggf. in Regelstrukturen überführt werden. In diesem Haushalt würden auch viele Projekte der kulturellen und queeren Bildung gerettet.

Gesetze allein schafften noch keine gesellschaftliche Realität. Wenn ab der 1. Klasse eine Beteiligung der Schülerinnen und Schüler gefordert werde, müssten auch die Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung geschaffen werden. Den Schulen müsse eine Vorstellung davon vermittelt werden, was gemeint sei. Der Weg von der politischen Forderung zur schulischen Realität führe immer über Schulentwicklungsprozesse. Dieser Haushaltsentwurf enthalte viele Maßnahmen, um die Prozesse anzustoßen und konstruktiv zu begleiten.

Der Schulbau sei ein Thema, das allen unter den Nägeln brenne, in diesem Ausschuss aber nicht gelöst werden könne. Die Koalitionsfraktionen appellierten deswegen an die Haushälterinnen bzw. Haushälter und Fraktionsvorsitzenden, dem Schulbau Gewicht zu geben und auskömmlich zu finanzieren. Das Thema werde ernst genommen und prioritär behandelt. Gleiches gelte für die Lehrkräftebildung. Allen Beteiligten müsse klar sein, dass entsprechend des Bedarfs große Investitionen nötig seien, um gemeinsam mit den Universitäten höhere Absolventenzahlen zu erzielen. Das bedeute auch, dass die Rahmenbedingungen an den Universitäten verbessert werden müssten.

An den beruflichen Schulen sollten IT-Administratoren zur Verfügung gestellt werden, damit die engagierten Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort entlastet würden und ihren unverzichtbaren Beitrag in der Bildungslandschaft weiterhin leisten könnten.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) greift auf, dass der Bildungsbereich mit über 5 Mrd. Euro einen der größten Etats habe. Das zeige deutlich, wie wichtig die Themen Bildung, Jugend und Familie für Berlin seien. Sie nehme verwundert wahr, dass die Koalitionspartner einerseits Lobeshymnen über die gute Abstimmung und die Einigkeit anstimmten und andererseits die meisten Änderungsanträge eingereicht hätten. Erst gestern hätten die Arbeitskreise der Koalitionspartner in einem Brandbrief darauf hingewiesen, in welchen Bereichen dringend nachverhandelt werden müsse und Themen neu besetzt werden sollten. Die Botschaft der Demonstranten vor dem Abgeordnetenhaus scheine langsam anzukommen.

Es seien drei große Themen im Einzelplan nicht adäquat abgebildet, die im Hauptausschuss nachverhandelt werden müssten: die Lehrkräfteausbildung, die Berliner Schulbauoffensive und der Verfügungsfonds. Es sei erfreulich, dass Herr Saleh die im Ausschuss angekündigte Reduzierung der Mittel beim Verfügungsfonds zurückgenommen habe, auch wenn eine weitere Aufstockung wünschenswert gewesen sei. Durch die Coronapandemie, die Ukraine Krise und die zuvor bereits bestandenen Herausforderungen sei ein eigenverantwortliches und kiezgerechtes Handeln der Schulen notwendig. Dafür sei der Verfügungsfonds unabdingbar.

Angesichts der Inflation und der steigenden Baukosten reichten selbst die 136 Mio. Euro, die inzwischen auch die Koalitionsfraktionen anerkannt hätten, für die Berliner Schulbauoffensive nicht aus. Zusätzlich müssten die 300 000 bislang aufgenommenen Kinder aus der Ukraine versorgt werden. Die Bezirke hätten in der letzten Woche ebenfalls in einem Brandbrief veröffentlicht, dass sie ab August Mittel für Containerreserven bräuchten. Von den Koalitionspartnern werde nun schnelles Handeln erwartet. Sie hätten zugesagt, die erforderlichen Schritte im Hauptausschuss mitzutragen.

Bezüglich der Lehrkräftebildung appelliere sie an die Ausschussmitglieder, um 16.30 Uhr nicht zum Catering zu gehen, sondern die Pädagogen, Sozialarbeiter, pädagogischen Unter-

richtshilfen usw. anzuhören, die vor dem Abgeordnetenhaus für mehr Kolleginnen und Kollegen und eine Stärkung der multiprofessionelle Teams demonstrierten. Sie erwarte von den Koalitionsfraktionen, dass sie den Forderungen nachkämen und Mittel nachsteuerten.

Berlin sei für alle, die sich das leisten könnten, eine tolle Stadt. Ihre Fraktion habe als Änderungsantrag eingebracht, Stipendien an Lehramtsstudentinnen und -studenten auszugeben, um das Leben in Berlin bezahlbar und attraktiv zu machen. Die Verbeamtung sei zwar in Aussicht gestellt, aber noch nicht umgesetzt worden. Die Willkommensprämie, die ihre Fraktion ebenfalls in einem Änderungsantrag eingebracht habe, könne kurzfristig dabei helfen, Pädagoginnen und Pädagogen zu gewinnen. Eine Lehrkräfteoffensive an den Universitäten sei dagegen kein kurzfristiges Mittel, langfristig aber unerlässlich.

Um Inklusion umzusetzen, seien multiprofessionelle Teams erforderlich. Auch ihre Fraktion begrüßte eine stärkere Unterstützung der Schulpsychologie. Darüber hinaus fordere die CDU-Fraktion als einzige Fraktion, dass zur Inklusion auch die Begabtenförderung gehöre. Alle Angebote dazu seien übernachgefragt und müssten dringend ausgebaut werden. Das Wissenspotenzial schlafe in Berlin und werde nicht abgeschöpft.

Ferner vermisse ihre Fraktion in dem Haushaltsentwurf die MINT-Förderung, insbesondere in Bezug auf Schülerinnen. Zu den Projekten, die fortgeführt werden sollten, gehöre das „eXplorarium“ und im Bereich der kulturellen Bildung das „Kinderopernhaus Berlin“, das in der Hälfte der Bezirke regelmäßig Aufführungen erarbeite. Gerade nach der Pandemie seien solche Angebote wichtig.

Corona habe gezeigt, wie wichtig digitale Bildung und Medienkompetenz seien. Die Koalitionsfraktionen hätten zwar die Sachkostenmittel in diesen Bereichen gesteigert, bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung aber Mittel gestrichen. Ihre Fraktion habe diese Mittel wieder eingestellt, da Pädagoginnen und Pädagogen qualifiziert werden müssten, ihren Unterricht digital zu gestalten und die Kinder in dem Bereich zu schulen. Digitale Bildung sei nach wie vor an den Universitäten kein verpflichtendes Modul. Der Senat müsse daher weiterhin Angebote für interessierte Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung stellen.

An den Berliner Schulen werde sowohl Quantität als auch Qualität benötigt. Nach Ansicht ihrer Fraktion bedeute Qualität: kiezgerecht, eigenverantwortlich, fördern und fordern.

Roman Simon (CDU) bedankt sich bei der „fleißigen“ Verwaltung. Mit der Vorgehensweise der Hausspitze sei seine Fraktion dagegen nicht zufrieden. Es seien in der ersten Lesung zu viele Fragen an die Mitarbeitenden der Verwaltung delegiert und infolge dessen Berichtsaufträge sehr spät beantwortet worden. Er bitte darum, das in den nächsten Haushaltsberatungen anders zu handhaben. – In Berlin gehe es nicht nur um Bildung sondern maßgeblich auch um Betreuung. Das hätten die Familien vor allem in der Coronapandemie, als Bildungseinrichtungen geschlossen worden seien, erfahren. Daher sei es wichtig, dass der Kitaförderatlas und andere Instrumente gut genutzt würden. Es sei gut, dass auch andere Fraktionen die Anzahl der Kitaplätze auch außerhalb der Haushaltsberatungen in den Blick nähmen. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass zu wenig Mittel für die Kitasanierung eingestellt worden seien. Angesichts der finanziellen Lage Berlins habe seine Fraktion kein Verständnis dafür, dass in der Hauptverwaltung Personalmittel aufgestockt würden. Das Geld solle vielmehr den Familien zugutekommen.

Seine Fraktion sei der Auffassung, dass in Modellprojekten zur Kitasozialarbeit ausreichend Erkenntnisse gewonnen worden seien und die Kitasozialarbeit flächendeckend eingesetzt werden könne. Ebenso verhielte es sich bei der Sprachförderung. Bei der Einschulung würden selbst bei einigen Kindern, die lange Zeit eine Kita besucht hätten, Sprachdefizite festgestellt. Seine Fraktion schlage deswegen wie bereits in den vorangegangenen Haushaltsberatungen vor, bei den Erzieherinnen und Erziehern eine Fortbildung zur Sprachförderung flächendeckend durchzuführen.

Ein Entgegenwirken des Fachkräftemangels sei sowohl für die Familien als auch für die Kitaleitungen und Erzieherinnen und Erzieher essentiell. Daher sollten angehende Erzieherinnen und Erzieher eine Ausbildungsvergütung als Darlehen gewährt werden, das vollständig zurückgezahlt werden müsse, sollten die Empfängerinnen und Empfänger nicht mindestens fünf Jahre in einer Kita tätig gewesen sein. Als Beitrag zur Generationengerechtigkeit solle die Ausbildungsvergütung mit einem Einstiegsbetrag, der sich perspektivisch steigern könne, beginnen.

Katrin Seidel (LINKE) dankt ebenfalls der Verwaltung für die Erstellung der umfangreichen Berichte sowie den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit. – Sie pflichte ihrem Vorredner bei, dass mit dem Einzelplan 10 nicht alle notwendigen Investitionen abgedeckt werden könnten. Als der Haushaltsplanentwurf vorgelegt worden sei, seien die Folgen des Kriegs in der Ukraine noch nicht absehbar gewesen. Das müsse bei der Bewertung des Haushaltsplans mitberücksichtigt werden.

Den Koalitionsfraktionen sei es gelungen, viele Kürzungen, die zunächst vorgenommen worden seien, zurückzunehmen. Viele Angebote würden fortgeführt, z. B. die Maßnahmen aus dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz sowie dem Familienfördergesetz, die größtenteils in den Bezirken umgesetzt würden. Die Grundlagen dafür seien eine gute Kooperation mit den Bezirken sowie eine gute Ausstattung der Verwaltung. Dafür hätten die Koalitionsfraktionen gesorgt.

Mit einer Schwerpunktsetzung u. a. auf die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut stellten die Koalitionsfraktionen ihren Willen zur Kontinuität unter Beweis. Die Mittel seien um 1 Mio. Euro erhöht worden, die in den Bezirken gezielt eingesetzt würden, um gute Kooperationen und Vernetzungen zu ermöglichen und anhand von Best-Practice-Beispielen Präventionsketten gegen Armut in allen Bezirken zu entwickeln.

Ferner sei mit einem Änderungsantrag der Einstieg in die Verbesserung bei den Hilfen zur Erziehung vorgelegt worden. Das betreffe vor allem die Erziehungs- und Familienberatungsstellen in öffentlicher und freier Trägerschaft. In beiden Bereichen seien die Mittel deutlich erhöht worden. Die Koalitionsfraktionen stünden für „Prävention vor Intervention“, und diese niedrigschwellige Arbeit leisteten vor allem Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Ein weiterer Schwerpunkt liege auf der politischen Bildung, u. a. seien die Mittel für den Jugend-Demokratiefonds noch einmal aufgestockt und Kürzungen bei den Gedenkstättenfahrten von Jugendlichen zurückgenommen worden. Auch mit Blick auf die Umsetzung des Wahlrechts ab 16 sei es wichtig, die politische Bildung weiter zu stärken.

Sie stimme dem Abgeordneten Simon zu, dass der Kitausbau eine große Baustelle sei, die im Einzelplan 10 nicht gegenfinanziert werden könne und deshalb an den Hauptausschuss übertragen worden sei. Der Kitausbau müsse ein Schwerpunkt im Haushalt 2022/2023 sein. Es gehe dabei nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch um die frühe Förderung und die Umsetzung des Rechtsanspruchs, den jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr habe. Aus Sicht der Koalitionsfraktionen müsse dem Kitausbau mindestens der gleiche Stellenwert wie dem Schulbau zukommen. Frühe Bildung sei grundlegend für die spätere Persönlichkeits- und Bildungsbiografieentwicklung, daher müssten sich im Haushaltsplan mindestens die Forderungen, die in der letzten Legislaturperiode im Kitaentwicklungsplan aufgestellt worden seien, wiederfinden. Zusätzlich müssten die Preissteigerungen im Bau- und Energiebereich berücksichtigt werden. Sie appelliere an die Kolleginnen und Kollegen, sich dafür bei den Haushälterinnen und Haushältern im Hauptausschuss einzusetzen.

Franziska Brychey (LINKE) betont ebenfalls, dass der Schulbau gestärkt werden müsse. Alle geplanten Projekte der Berliner Schulbauoffensive seien dringend notwendig und müssten auch finanziert werden. Es dürfe aufgrund veränderter Rahmenbedingungen bei den Investitionen nicht gespart und abgeschlossene Rahmenverträge müssten ausgeschöpft werden.

Genauso wichtig sei die Fortsetzung der Fachkräfteoffensive. Sowohl der Q-Master, der einen schnelleren Abschluss ermögliche, als auch die Studienqualität müssten weiter gestärkt werden. Dafür müsse den Hochschulen mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Sie erwarte von den Fraktionsspitzen, dass die Dringlichkeit angesichts des Lehrkräftemangels erkannt werde. Es sei richtig und wichtig, dass die Bildungsinstitutionen und die Gewerkschaften dafür demonstrierten.

Die Schulleiterverbände hätten noch einmal eindringlich auf die Wichtigkeit des Verfügungsfonds hingewiesen, aus dem u. a. an die Schule angepasste Fortbildungen finanziert würden. Der Verfügungsfonds müsse auf dem Niveau, auf dem er abgerufen worden sei, gesichert werden. – Ihre Fraktion unterstütze den Appell an die Fraktionsspitzen, sich bezüglich der Aufgaben, die im Einzelplan 10 nicht gesichert werden könnten, zu einigen.

Die Koalitionsfraktionen wollten die multiprofessionellen Teams an den Schulen weiter stärken und hätten den Schwerpunkt auf die Schulpsychologie gelegt. So würden die SIBUze weiter gestärkt, damit sie die Schulen bei der Bewältigung der Folgen, die durch Corona und den Ukrainekrieg entstünden, unterstützen könnten. – Im Bereich der Inklusion würden der Stellenaufwuchs und die Fortbildungen bei den pädagogischen Unterrichtshilfen abgesichert. Die Fortbildungen der pädagogischen Assistenzen seien bereits im Einzelplan etatisiert. – Um die Schulen im IT-Bereich stärker zu unterstützen, solle die Anzahl der IT-Administratoren erhöht werden.

Darüber hinaus sollten der Ganztags sowie Projekte, Maßnahmen und Personalstellen zur Förderung der Mehrsprachigkeit und Integration stärker gefördert werden. Das Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule sei kein loses Versprechen. Schulen, die Gemeinschaftsschulen werden wollten, benötigten Prozessbegleitung und Fortbildungen. Um die wissenschaftliche Begleitung fortzusetzen, hätten die Koalitionsfraktionen Mittel gesichert und eine Stelle in der Senatsverwaltung etatisiert.

In der Pandemie sei auch deutlich geworden, dass der Übergang von der Schule zum Beruf eine Sollbruchstelle sei. Deswegen sei die Ausbildungsgarantie in den Koalitionsvertrag geschrieben und im Haushalt abgesichert worden. Es sei der Auftrag an die Regierungsfractionen, die Bildungsgänge in dieser Legislatur entsprechend auszugestalten. Die Schule ende nicht mit dem Abschluss, daher sei es wichtig, dass alle Weichen gestellt würden, um den Kindern und Jugendlichen einen guten Übergang zu ermöglichen.

Claudia Engelmann (LINKE) führt aus, der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie am 17. Mai habe noch einmal deutlich gemacht, dass queere Menschen auch an den Schulen von Anfang an Solidarität bräuchten. Die Koalitionsfractionen hätten daher entschieden, die geplanten Kürzungen der Projekte der Deutschen Aidshilfe, der Kompetenzstelle i-Päd und BiKoBerlin vollumfänglich zurückzunehmen und das Versprechen, das in den Koalitionsvertrag geschrieben worden sei, die IGSV zu stärken, umzusetzen und die Mittel zu erhöhen.

Das zweite große Anliegen der Koalitionsfractionen sei die Stärkung der Projekte der kulturellen Bildung. Auch in diesem Bereich seien nach langen Diskussionen vorgesehene Kürzungen zurückgenommen und Mittel erhöht worden. Projekte und Verbände wie das Kinderopernhaus, Querklang, Max – Artists in Residence, Tusch, TUKI, der JugendKulturService und die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V. leisteten einen großen Beitrag zur Integration, zur Talentförderung und zum Talenteausbau und hätten dabei, die physischen und psychischen Folgen der Pandemie abzumildern.

Thorsten Weiß (AfD) schließt sich dem Dank an die Verwaltung für die geleistete Arbeit aber auch der geäußerten Kritik an der Hausspitze von SenBJF an. – Auch seine Fraktion sei über die „Schönfärberei“ der Koalitionsfractionen verwundert, nicht nur im Hinblick auf die Proteste vor dem Abgeordnetenhaus, sondern auch vor dem Hintergrund zahlreicher Brandbriefe von Eltern- und Lehrervereinigungen, die sich vornehmlich auf die vorgenommenen Kürzungen im Bildungsbereich bezögen. Seine Fraktion lehne die Kürzungen grundsätzlich ab und verdeutliche diese Haltung in den eingereichten Änderungsanträgen.

Seine Fraktion beantrage, die vorgenommenen Kürzungen beim Verfügungsfonds vollumfänglich zurückzunehmen. Es habe ihn und seine Fraktion enttäuscht, dass ausgerechnet die Senatorin den Verfügungsfonds im Ausschuss als entbehrlich dargestellt habe. Nach Informationen, die seiner Fraktion vorlägen, habe sie als Schulleiterin der Schule in der Köllnischen Heide den Verfügungsfonds stark in Anspruch genommen.

Seine Fraktion schlage in den Änderungsanträgen u. a. ein Projekt für offene Schuldaten und mehr Transparenz im Schulsystem vor. Der Senat habe sich in der letzten Wahlperiode sehr darum bemüht, Daten vor allem von Brennpunktschulen zurückzuhalten, um einer vermeintlichen Stigmatisierung entgegenzuwirken. Seine Fraktion sei dagegen der Meinung, dass größtmögliche Transparenz geschaffen werden müsse, um die Wahlmöglichkeit der Eltern zu stärken. Dafür solle ein benutzerfreundliches Onlineportal, das Schuldaten und Schulleistungsdaten umfassend zur Verfügung stelle, eingerichtet werden. Mittels eines externen Schulmanagements solle an den Brennpunktschulen ein Wendepunkt in der Bildungspolitik herbeigeführt werden. Schulen in schwierigen Lagen dürften nicht allein gelassen werden. Sobald das Indikatorenmodell einen negativen Trend an einer Schule verzeichne, solle automatisch ein externes Schulmanagement zur Unterstützung eingreifen. Zudem sollten Best-

Practice-Beispiele einer gelungenen Kehrwende flächendeckend umgesetzt werden. Es ergebe keinen Sinn, immer mehr Geld in Problemschulen – Stichwort Brennpunktzulage, Bonus-Programm, Berlin-Challenge – zu investieren, stattdessen müssten neue strategische Ansätze gefunden werden.

Nicht nur die CDU-Fraktion, auch seine Fraktion fordere eine Hochbegabtenförderung und schlage die Gründung und Konzeption eines Landesgymnasiums als Elitengymnasium vor.

Seine Fraktion fordere den Senat auf, eine Kommission zur Bearbeitung der Rahmenlehrpläne einzusetzen, um Inhalte, insbesondere im Fach Deutsch, verbindlich festzulegen und so eine grundlegende Verbesserung der schulischen Leistungen herbeizuführen. Die Kompetenzorientierung müsse auf den Prüfstand gestellt werden; so solle der Geschichtsunterricht wieder chronologisch erfolgen und die Mathematikdidaktik modernisiert werden.

Darüber hinaus solle ein Landesprogramm für musikalische Bildung geschaffen werden. Der Landesmusikrat habe bemängelt, dass in Berlin ein solches Programm bislang fehle. Mit der von seiner Fraktion angestrebten Erhöhung der Feststellungsquote an Musikschulen auf 80 Prozent gebe es ausreichend Ressourcen, um die Zusammenarbeit mit den Musikschulen flächendeckend auszuweiten. Gemäß der Forderung des Landesmusikrats sollten die Schulen in ihrem Schulprogramm ein verbindliches Gesamtkonzept „Musische Erziehung“ entwickeln, um jedem Kind das Erlernen eines Instruments zu ermöglichen.

Ferner müssten die Schulbibliotheken gestärkt werden. Der Senat habe aufgrund eines Berichtsauftrags seiner Fraktion erklärt, dass zur Förderung der Schulbibliotheken im Titel 42780 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds Mittel bereitstünden. Dieser Titel sei allerdings gestrichen worden. Im Schulgesetz sei aber die Förderung der Schulbibliotheken zur Pflichtaufgabe erklärt worden. Seine Fraktion fordere mit diesem Änderungsantrag, dass sich der Senat an die Gesetzeslage halte und für die finanzielle Absicherung der Schulbibliotheken Mittel bereitstelle.

Des Weiteren sollten die freien Schulen gestärkt werden. Das Bildungsniveau sinke an den öffentlichen Schulen immer weiter ab. Gleichzeitig erfreuten sich die freien Schulen nach 25 Jahren SPD-geführten Bildungsressorts weiterhin großer Beliebtheit und eines steigenden Zuspruchs. Seine Fraktion fordere daher, die Übernahme der Personalkosten von derzeit 73 Prozent auf 100 Prozent zu steigern und damit den öffentlichen Schulen gleichzustellen.

Zudem fordere seine Fraktion, Mittel für das Jugendforschungsschiff in Reinickendorf, den Landesverband der Schulfördervereine und eine Anlaufstelle zur konfrontativen Religionsbe-kundung einzusetzen.

Bei den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen falle auf, dass die Mittelvergabe in den Kleinteilansätzen, die der Senat als entbehrlich gestrichen habe, wieder hergestellt worden sei. Seine Fraktion sehe, der Linie des Senats folgend, eine falsche Priorisierung. Es sei nicht nachvollziehbar, dass beispielsweise Mittel für die Lehrerbildung und den Schulbau fehlten, dafür aber ideologische Projekte ausfinanziert würden. Die Vorwürfe des Abgeordneten Hopp weise er vollständig zurück. Im Gegensatz zur „ideologiedurchtränkten“ und „kinderwohlgefährdenden“ Politik der SPD-Fraktion, gehe es seiner Fraktion um eine vernunftbasier-

te, kindgerechte Bildungspolitik. Die Kinder sollten sich an gut ausgestatteten Schulen zu mündigen und freidenkenden Menschen entwickeln können. Eine Entwicklung im Sinne des ideologischen und sozialistischen Weltbilds der Regierungsfractionen lehne seine Fraktion dagegen ab.

Tommy Tabor (AfD) trägt vor, die AfD-Fraktion sehe sich nicht nur als Bildungs-, sondern auch als Familienpartei und versuche, diese Aspekte über ein „Family-Mainstreaming“ in alle Politikbereiche einfließen zu lassen. Die Gesellschaft brauche mehr Kinder. Das Leben als Familie sei jedoch nicht immer einfach und bringe viele Herausforderungen mit sich. Seine Fraktion wolle junge Menschen dazu ermutigen, Eltern zu werden.

Das von seiner Fraktion geforderte Landesprogramm „Fit für Familie“ richte sich an junge Paare unter 25 Jahren mit Kinderwunsch sowie an Frauen und Paare mit ungeplanter Schwangerschaft. Zur Familienförderung gehöre auch eine steuerliche Entlastung, die auf Bundesebene durchgesetzt werden müsse. Auf Landesebene setze sich seine Fraktion für ein Berliner Familiengeld bzw. Betreuungsgeld ein. Es gebe z. B. in Bayern ein Familiengeld für jedes Kind im zweiten und dritten Lebensjahr. Diese Leistung werde unabhängig von Betreuungsmöglichkeiten ausgezahlt. Alternativ schlage seine Fraktion ein Betreuungsgeld vor, das Familien gezahlt werde, die ihre Kinder selbst bzw. ohne Inanspruchnahme öffentlicher Angebote betreuten. Das stärke einerseits die elterliche Wahlfreiheit zwischen Selbst- und Fremdbetreuung und entlaste andererseits angesichts mangelnder Plätze die Kitas.

Familien sollten nicht in Abhängigkeit gebracht, sondern in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund sei sowohl die Familienberatung als auch die Familienbildung zunehmend wichtig. Die Träger wiesen allerdings darauf hin, dass die Sachmittel-, Miet- und Betriebskosten nicht mehr ausreichend gedeckt seien. Seine Fraktion beabsichtige, den fehlenden Bedarf von knapp 900 000 Euro zu decken und den von der Weltgesundheitsorganisation – WHO – empfohlenen Versorgungsgrad der personellen Ausstattung zu erreichen. Das bedeute eine Verdopplung des Personals. Durch die Stärkung der Erziehungs- und Familienberatungsstellen freier Träger – EFB – solle zugleich die Zahl der Heimunterbringungen Schritt für Schritt reduziert werden. Eine Untersuchung in Schöneberg habe gezeigt, dass der Ausbau der EFB die Zahl und damit die Kosten der Heimunterbringungen senken könne. Eine Heimunterbringung müsse die absolute Ausnahme sein; seine Fraktion stattdessen verteidige vehement das elterliche Erziehungsrecht.

Darüber hinaus beantrage seine Fraktion zur Entlastung der bezirklichen Jugendämter Sondermittel, die zur Erledigung dringender Aufgaben wie Fallbearbeitungen, Anträge auf Elterngeld usw. eingesetzt werden könnten. – Die vorgenommene Streichung des Zuschusses für einkommensschwache Teilnehmer bei Projekten der Berliner Jugendfeuerwehr solle zurückgenommen werden. – Es sollten Mittel für Maßnahmen bereitgestellt werden, die die AfD-Fraktion bereits in Form von Plenaranträgen gefordert hätten, z. B. das Landesprogramm „Eltern-Aktiv-Schule“, das in ein Gesamtkonzept zur Erziehungs- und Bildungspartnerschaften eingebettet werden solle. – Auf freiwilliger Basis solle ein Qualitätssiegel „Familienfreundliches Unternehmen“, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter fördere, eingeführt werden.

Paul Fresdorf (FDP) bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die Anfertigung der Berichte. Außerdem danke er Helmut Metzner, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der FDP-

Fraktion in den Bereichen Bildung, Jugend und Familie, für Unterstützung. Helmut Metzner werde heute zum letzten Mal an einer Ausschusssitzung teilnehmen und ab Mitte Juni eine neue Tätigkeit beginnen. Er habe die FDP-Fraktion durch das „Zahlendickicht der Haushaltsberatungen“ geführt und zahlreiche Änderungsanträge formuliert.

Der gesamte Doppelhaushalt 2022/2023 und insbesondere der Einzelplan 10 seien hinsichtlich der Summe ambitioniert, jedoch fehlten wichtige Aspekte, um der Bildung in Berlin wieder den nötigen Stellenwert zu geben. Seine Fraktion könne aufgrund fehlender Kapazitäten keinen komplett überarbeiteten Einzelplan vorlegen, sondern habe sich in den Änderungsanträgen auf „Leuchttürme“ konzentriert.

Die Bildungskarriere beginne mit der frühkindlichen Bildung. Daher müsse Eltern nicht nur die Erfüllung des Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, sondern eine Wahlmöglichkeit garantiert werden. – [Beifall von Roman Simon (CDU)] – Es gebe in Berlin eine deutschlandweit einzigartige, vielfältige, bunte und engagierte Trägerschaft mit hervorragenden Bildungsangeboten, und Eltern sollten eine Kita auswählen können, die sowohl zu ihren Erziehungsvorstellungen als auch zu ihrem Kind passe. Derzeit seien Eltern nach dem Prinzip „friss-oder-stirb“ gezwungen, den Kitaplatz, den sie erhielten, auch zu nehmen. Um das zu ändern, müsse der Kitausbau in dem Doppelhaushalt deutlicher berücksichtigt werden. Die freien Träger seien bereit zu bauen, sobald sie dafür Geld zur Verfügung gestellt bekämen. Neben dem Ausbau der Kitaplätze müsse für einen besseren Personalschlüssel, z. B. durch eine bessere Ausbildungsbezahlung, gesorgt werden. Dass Erzieherin und Erzieher in Berlin immer noch ein Mangelberuf sei, liege auch an den schlechten Rahmenbedingungen. Anstelle sich ein als „Inhouse-Opposition“ auszuprobieren, indem u. a. Brandbriefe an die Fraktionsführungen geschickt würden, sollten die Koalitionsfraktionen ihrer Regierungsverantwortung nachkommen und dafür sorgen, dass das Geld zielgerichtet ausgegeben werde.

Seine Fraktion habe es als kleinste Oppositionsfraktion mit einem Änderungsantrag zum Verfügungsfonds geschafft, den Ist-Ansatz der letzten Jahre wiederherzustellen. Damit Schulen selbst und eigenständig agieren könnten, müsse der Verfügungsfonds aber deutlich erhöht werden. Auch hier müssten die Regierungsfaktionen liefern.

Die multiprofessionellen Teams an den Schulen sollten ausgebaut werden. Ferner müssten Verwaltungsleiterstellen geschaffen und vor allem an den Brennpunktschulen die Schulsozialarbeit verstärkt werden, um die pädagogischen Teams stärker zu unterstützen. Die FDP-Fraktion habe bei ihren Änderungsanträgen darauf geachtet, Spielräume zu nutzen und eine Gegenfinanzierung zu sichern. Er kündige an, dass bei Änderungsanträgen seiner Fraktion, bei denen als Begründung „Gegenfinanzierung“ stehe, auf weitere Begründungen verzichtet werde.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erklärt, bei der beruflichen Bildung werde deutlich, woran es im Doppelhaushalt 2022/2023 hapere. Junge Leute entschieden sich im Rahmen der Berufsorientierung zum ersten Mal, ob sie den Weg in eine Ausbildung – vollzeitschulisch oder dual – oder zu einem Studium einschlagen wollten. Es sei nicht sinnvoll, dass der Etat für die Berufsorientierung nach wie vor zwischen SenIAS und SenBildJugFam aufgeteilt werde. Es gebe sowohl im Einzelplan 11 als auch im Einzelplan 10 gute Projekte zur Berufsorientierung, diese gingen aber nicht Hand in Hand und würden nicht sinnvoll evaluiert. Ihre Fraktion habe daher sowohl im Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales als auch in diesem Aus-

schuss eine Studie zur Überprüfung, welche Maßnahmen bei der Berufsorientierung zielführend seien, beantragt. Aus vielen Studien gehe hervor, dass es besonders erfolgversprechend sei, Vorbilder in die Schulen zu schicken. Es sei erfreulich, dass die rot-grün-rote Regierung den Vorschlag ihrer Fraktion aus der letzten Legislaturperiode, die Schulpaten zu stärken, aufgegriffen habe. Das sei der erste Schritt auf einem richtigen Weg. Darüber hinaus würden Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter – junge Menschen, die für die dualen und andere Ausbildungsgänge würben – gebraucht.

Ihre Fraktion stimme der Auffassung der Linken-Fraktion zu, dass der Übergang von der Schule in die Ausbildung eine Sollbruchstelle sei. Jedoch seien die Konzepte zur Ausbildungsgarantie und zu Eingriffen in die Wirtschaft bzw. in die Unternehmen nicht hilfreich. Stattdessen müsse eine gute Berufsorientierung dazu beitragen, das „Matching“ zwischen den Ausbildungsplätzen – viele Plätze seien nach wie vor unbesetzt – und den jungen Menschen zu verbessern. Da seien die Schulen am Zug. Analog zur Schulbauoffensive sei Geld zur Sanierung eingestellt worden, aber der Sanierungstau bei den Beruflichen Schulen in Höhe von 300 Mio. Euro werde letztendlich nicht abgebaut. Es sei also nicht zu wenig Geld eingestellt worden; das Problem sei vielmehr die viel zu langsame Umsetzung der Schulsanierung.

Ein weiteres Herzensthema ihrer Fraktion, dem angesichts des Fachkräftemangels eine besondere Bedeutung zukomme, sei die MINT-Bildung. Auch hier sei ein Flickenteppich aus gut gemeinten und gut durchgeführten Projekten erkennbar, aber es fehle eine durchgängige Strategie. MINT-Bildung für Jungen und Mädchen sei nicht nur eine Form der Gleichberechtigung, damit Frauen am Arbeitsmarkt bestehen könnten, sondern die entscheidende Schnittstelle und der Schlüssel, dem Fachkräftemangel zu begegnen und auf die Herausforderungen der Digitalisierung richtig zu reagieren. Es sei nicht damit getan, ein paar MINT-Projekte in den Haushalt einzustellen, sondern es müsse eine durchgängige Strategie von der Kita bis zur Ausbildung bzw. Hochschule verfolgt werden. Sie freue sich darauf, im Ausschuss dazu weitere Gespräche führen zu können.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, dass die Generaldebatte beendet sei. Anhand der Synopse werde nun in die Einzelberatung eingetreten.

Im Folgenden sind nur die Titel im Inhaltprotokoll aufgenommen, zu denen eine Beratung bzw. die Abstimmung über einen Änderungsantrag erfolgte. Alle anderen Titel bzw. Berichte unter den lfd. Nrn. der Synopse sind ohne Aussprache erledigt bzw. zur Kenntnis genommen worden (siehe auch Anlage zum Beschlussprotokoll).

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Hochbau –

MG 10 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Keine Wortmeldungen

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie –

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

Ansatz 2022	7.200.000 €
Ansatz 2023	7.200.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+/- 0 €
Ansatz 2023	+ 1.000.000 €

Katrin Seidel (LINKE) erklärt, in Kapitel 1045 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -, Titel 68422 – Zuschüsse für Familienberatungsstellen sei der Ansatz 2023 um 1 Mio. Euro verringert worden, um in die Erziehungs- und Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft im Rahmen des Flexibudgets personell besser ausstatten zu können. Es handele sich bei diesem Änderungsantrag um einen formalen Vorgang.

Roman Simon (CDU) macht darauf aufmerksam, dass nach seiner Auffassung in den nachgereichten Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen mehr Plus als Minus zu finden sei. Sei eine Gegenfinanzierung vorhanden?

Ellen Haubdörfer (SPD) erläutert, die nachgereichten Änderungsanträge müssten gegen bereits vorhandene Änderungsanträge ausgetauscht werden. Ein weiterer Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Finanzierung der Erziehungs- und Beratungsstellen werde in Kapitel 1045 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -, Titel 68422 – Zuschüsse für Familienberatungsstellen noch einmal aufgerufen. Die Finanzierung sei dadurch ausgeglichen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

neu – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft für Sanierung, Umbau, Erweiterung und Ersatzbau von Schulgebäuden

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 2.785.300 €
Ansatz 2023	+ 773.480 €

Paul Fredsorf (FDP) legt dar, die freien Träger seien bereit, Kitaplätze zu schaffen. Das gelte ebenso für die freien Schulträger. In dem Titel für bauvorbereitende Maßnahmen für Erweiterungs-, Ergänzungs- und Ersatzbauten seien dafür keine Mittel eingestellt worden. Seine

Fraktion wolle auch die Schulen in freier Trägerschaft dabei unterstützen, weitere Schulplätze zu schaffen. Mittlerweile würden über 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler an den sog. Ersatzschulen unterrichtet; ein weiterer Ausbau sei ein Gewinn für Berlin.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) möchte von den Mitarbeitenden der Verwaltung wissen, ob im Zusammenhang mit der Einrichtung von Schulplätzen für Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine auch freie Schulen angefragt worden seien und ggf. unterstützt würden.

Thomas Duveneck (SenBildJugFam) antwortet, es seien bei den Schulen in freier Trägerschaft nicht bezüglich des Schulbaus sondern bezüglich Schulgeldersatzleistungen, die das Land Berlin für die ukrainischen Schülerinnen und Schüler, die an den freien Schulen unterrichtet würden, übernehme, angefragt worden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie

einzelplanübergreifend
kapitelübergreifend
titelübergreifend

Coronamaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemiefolgen für Kinder, Jugendliche und Familien

Bericht lfd. Nr. 1, Sammelvorlage Teil 3, S. 10-27,
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
Fraktion Die Linke

Katharina Günther-Wünsch (CDU) bittet darum, dass die Aussage des Abgeordneten Hopp, nicht abgerufene Mittel des Programms „Stark trotz Corona“ könnten auch noch 2023 abgerufen werden, bestätigt werden möge. In den Berichtsanträgen sei noch als Stichtag der 31. Dezember 2022 angegeben.

Ina Wiersgalla (SenBJF) antwortet, die Maßnahmen des Programms endeten im Jahr 2022, könnten aber noch 2023 abgerechnet werden.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF) ergänzt, das Vorgehen sei keine Angelegenheit der Länder, sondern müsse auf der Kultusministerkonferenz mit dem Bund abgestimmt werden. Es herrsche aber darüber Einigkeit, dass das Programm nach dem 31. Dezember 2022 weiterlaufen müsse und die Folgen der Pandemie bis dahin nicht behoben seien.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) fragt nach, ob es den Schulen demnach möglich sei, Programme bis zum Ende des Schuljahrs 2022/23 vertraglich laufen zu lassen und die dafür benötigten Mittel bis dahin abzurufen.

Prof. Dr. Ulrike Becker (SenBJF) [zugeschaltet] erklärt, die Mittel seien nicht in das Jahr 2023 übertragbar, außer der Betrag, der für den Dienstleister Europäisches Fördermanage-

ment GmbH – EFG –, der für SenBJF die Schulbudgets administriert, vorgesehen sei. Es sei aber bundesweit im Gespräch, das Programm ggf. zu verlängern. Aktuell sei Berlin aufgefordert, bis zum 31. März 2023 einen vorläufigen Abschlussbericht zu liefern, daher ende die Förderung der Schülerinnen und Schüler am letzten Tag vor den Weihnachtsferien. Rechnungen könnten bis Mitte Februar bei der EFG eingereicht werden. Da viele der Maßnahmen auch über Zuwendungen liefen, und die Zuwendungsempfänger sich mit der Einreichung der Abrechnungen bis zu sechs Monaten Zeit lassen könnten, sei ein gewisser Vorlauf notwendig. Daher könne, wie vom Bund gefordert, am 31. März 2023 nur ein vorläufiger Abschlussbericht geliefert werden. Der finale Abschlussbericht werde am 30. September 2023 fällig. Derzeit werde ein Antrag an SenFin vorbereitet, um die Übertragung der Restmittel aus 2022 nach 2023 genehmigt zu bekommen. SenBJF hoffe darauf, dass auf Bundesebene entschieden werde, das Gesamtprogramm zu verlängern.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) weist darauf hin, dass es zwei unterschiedliche Programme mit verschiedenen Ausrichtungen gebe, eines für den Schulbereich mit dem Schwerpunkt auf Lernrückständen und eines für den Jugendbereich. Zu letzterem sei in der vergangenen Woche auf der Jugend- und Familienministerkonferenz – JFMK – in der „Berliner Erklärung“ verabschiedet worden, dass sich dem bisherigen Corona-Aufholprogramm ein Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit anschließen solle. Der finanzielle Umfang sei noch nicht definiert worden. Berlin warte diesbezüglich auf die Zusagen des Bundes.

Innerhalb des Landesprogramms sei ein neuer Ansatz für die Jugendsozialarbeit gebildet worden, sodass z. B. das Projekt „Streetcollege“ auch im nächsten Haushaltsjahr gefördert werden könne. Darüber hinaus könnten die Bezirke Mittel in Höhe von 720 000 Euro im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftungen für ein Projekt für besonders schwierige Schülerinnen und Schüler – das betreffe die Lerngruppen, die im Rahmen der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 Abs. 1 SGB VIII gefördert würden – abrufen.

Sandra Khalatbari (CDU) erkundigt sich, ob sie Frau Prof. Dr. Becker richtig verstanden habe, dass die Fortführung des Programms beim Bund beantragt werde. In welchem zeitlichen Rahmen erwarte SenBJF eine Rückmeldung? Die Schulen planten bereits für das kommende Schuljahr. In diesem Zusammenhang sei es wichtig zu wissen, ob die Verträge bis kurz vor den Weihnachtsferien oder bis zu den Sommerferien abgeschlossen werden könnten.

Thomas Duveneck (SenBJF) antwortet, da es sich um ein Bund-Länder-Programm handele, würden die Entscheidungen gemeinsam vom Bund, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz getroffen werden. Die Gespräche dazu seien initiiert und liefen aktuell. Mit Blick auf die Laufzeit des Programms sei es wichtig, dass eine Entscheidung in den nächsten Monaten getroffen werde. Die Länder seien sich in dem Wunsch einig, die Fördermaßnahmen des Programms zumindest bis zum kommenden Schuljahr fortzuführen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, damit sei lfd. Nr. 1 erledigt.

übergreifend Lehrkräfte und Verbeamtung

Bericht lfd. Nr. 15, Sammelvorlage Teil 1, S. 48-52,
Fraktion der CDU

Katharina Günther-Wünsch (CDU) interessiert, wie der große Unterschied bei den zu verbeamtenden Lehrkräfte in den Jahren 2022 und 2023 von rund 16 000 zu 400 Lehrkräften zustande komme, insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Jahr 2022 schon zur Hälfte herum sei. Und wie solle diese Zahl erreicht werden?

Ralf Brüning (SenBJF) [zugeschaltet] antwortet, für den Stellenplan des künftigen Doppelhaushalts 2022/2023 seien rund 16 000 Stellen identifiziert worden, die für eine Verbeamtung potenziell infrage kämen. Sollte das Abgeordnetenhaus den Doppelhaushaltsentwurf in dieser Form beschließen, sei der Stellenplan darauf ausgerichtet, künftig für Lehrkräfte nur noch Planstellen und keine Stellen für Tarifbeschäftigte mehr auszuweisen. Auf die Zahl 400 könne er nicht eingehen, da sich ihm der Zusammenhang nicht erschließe.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF) [zugeschaltet] ergänzt, es sei in zurückliegenden Ausschusssitzungen bereits dargestellt worden, dass bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis 2026, bis zu 16 000 Lehrkräfte verbeamtet werden sollten. In diesem Jahr sei geplant, rund 400 Absolventen des Vorbereitungsdienstes zu verbeamten. Das seien bereits Beamte auf Probe, die in ein Beamtenverhältnis übernommen werden sollten, unter dem Vorbehalt, dass allen, die nicht verbeamtet werden könnten oder wollten, der Nachteilsausgleich gezahlt werde.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, dass damit lfd. Nr. 15 erledigt sei.

übergreifend MINT-Förderung

Bericht lfd. Nr. 18, Sammelvorlage Teil 3, S. 61-66,
Fraktion der FDP

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt zur MINT-Förderung für Mädchen, ob sich SenBJF hinsichtlich Fortführung und Verstärkung der Projekte sowie einer speziellen Ansprache von Mädchen im regelmäßigen Austausch mit SenWGPG befinde.

Thomas Duveneck (SenBJF) antwortet, er gehe von einem Austausch auf der Fachebene aus, konkrete Angaben müsse er jedoch nachliefern. Ihm sei bekannt, dass sich SenBJF im Kontext mit der Gründung von „JuniorIstein“ in Abstimmung mit SenWGPG befunden habe.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, lfd. Nr. 18 sei damit erledigt.

übergreifend Brennpunktzulage

Bericht lfd. Nr. 22, Sammelvorlage Teil 1, S. 66-72,
Fraktion der CDU

Katharina Günther-Wünsch (CDU) interessiert, welche Evaluationen stattgefunden hätten und unter welcher Maßgabe die Zumessung erfolgt sei.

Christian Blume (SenBJF) erklärt, die Zumessung erfolge personenbezogen. Die Lehrkräfte erhielten eine Brennpunktzulage von 300 Euro. Die Zumessung hänge daher von der Anzahl der Beschäftigten an der jeweiligen Schule ab. Die Höhergruppierung von Erzieherinnen und Erziehern erfolge, wenn sie an einer Brennpunktschule arbeiteten. Eine wissenschaftliche Evaluation habe nach seiner Kenntnis noch nicht stattgefunden. SenBJF befinde sich diesbezüglich im unmittelbaren Austausch mit den regionalen Schulaufsichten.

Katharina Günther-Wünsch (CDU) erkundigt sich, ob sie es richtig verstanden habe, dass 12 Mio. Euro verstetigt werden sollten, ohne zu wissen, ob dadurch die ursprünglich gesteckten Ziele, mehr qualifizierte Lehrkräfte an Brennpunktschulen zu bringen und den Krankenstand zu senken, erreicht würden.

Christian Blume (SenBJF) antwortet, SenBJF gehe davon aus, dass das Modell Personal erfolgreich binde und halte.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, lfd. Nr. 22 sei damit erledigt.

übergreifend Kulturelle Bildung

Bericht lfd. Nr. 28, Sammelvorlage Teil 1, S. 101-124,
Fraktion der CDU

Katharina Günther-Wünsch (CDU) möchte für den Bereich der kulturellen Bildung wissen, nach welchen Prioritäten die Mittel für einzelne Projekte gekürzt bzw. weiter erhöht worden seien.

Thomas Duveneck (SenBJF) erläutert, prinzipiell werde danach entschieden, wie viele Schülerinnen und Schüler erreicht worden seien und wie sich die Projekte u. a. auf die Lernmotivation und die Lernerfolge ausgewirkt hätten. Bei einem begrenzten Etat würden in diese Entscheidungen auch die Träger und die möglichen Auswirkungen auf die Kooperationspartner miteinbezogen werden.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, lfd. Nr. 28 sei damit erledigt.

übergreifend Begabungsförderung

Bericht lfd. Nr. 42, Sammelvorlage Teil 1, S. 212-225,
Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
Fraktion Die Linke

Katharina Günther-Wünsch (CDU) interessiert, ob der Senat das Angebot zur Begabungsförderung als ausreichend oder unterfrequent wahrgenommen ansehe. Falls nicht, wie erkläre der Senat die Reduzierung der Mittel?

Thomas Duveneck (SenBJF) antwortet, im Vergleich mit den anderen Bundesländern liege Berlin bei der Begabungsförderung ganz vorn. Die Abgeordnete Günther-Wünsch habe die „Schulen mit besonderer Prägung“ angeführt. Diese speziellen Angebote würden jedoch jenseits der angesprochenen Förderung geführt. Durch MINT-Angebote und Schnellernerklassen seien inklusive und niedrigschwellige Angebote zur Begabungsförderung in ausreichender Zahl vorhanden.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer hält fest, lfd. Nr. 42 sei damit erledigt.

Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und frühkindliche Bildung -

Titel 11105 – Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung

Ansatz 2022	300.000 €
Ansatz 2023	300.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 30.000 €
Ansatz 2023	+ 30.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz 2022	3.347.000 €
Ansatz 2023	3.589.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 372.000 €
Ansatz 2023	- 614.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Ansatz 2022	26.800 €
Ansatz 2023	26.800 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 25.800 €
Ansatz 2023	- 25.800 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache ab.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022	7.390.000 €
Ansatz 2023	7.462.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 1.899.000 €
Ansatz 2023	- 1.971.000 €

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 63.000 €
Ansatz 2023	+ 205.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Ansatz 2022	2.592.000 €
Ansatz 2023	2.269.000 €
VE 2022	17.274.000 €
VE 2023	6.696.000 €

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022	+ 305.000 €
Ansatz 2023	+ 305.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 170.000 €
Ansatz 2023	- 80.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 60.000 €
Ansatz 2023	+ 150.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben

Ansatz 2022	1.000 €
Ansatz 2023	1.000 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 92.000 €
Ansatz 2023	+ 96.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 63621 – Beiträge an die Unfallkasse

Ansatz 2022	3.795.000 €
Ansatz 2023	3.880.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 800.000 €
Ansatz 2023	- 800.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68407 – Zuschüsse im Rahmen des Kita-Ausbauprogramms

Ansatz 2022	4.501.000 €
Ansatz 2023	4.661.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 3.660.000 €
Ansatz 2023	+/- 0 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68436 – Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstätten

Ansatz 2022	3.451.000 €
Ansatz 2023	2.951.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 300.000 €
Ansatz 2023	+ 300.000 €

Roman Simon (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde gegen den Änderungsantrag stimmen, weil sie die Bereiche Kitasozialarbeit und Sprachförderung für so wichtig erachte, dass dafür an anderer Stelle deutlich mehr Mittel beantragt werden müssten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68635 – Zuschüsse nach dem Qualitätsentwicklungsgesetz Kindertagesbetreuung

Bericht lfd. Nrn. 419 und 420, Sammelvorlage Teil 3, S. 348-357, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ellen Haußdörfer (SPD) bemerkt, dass lfd. Nr. 420 auch die weitere Zweckbindung der Bundesmittel betreffe. Habe es im Zusammenhang mit der JFMK vonseiten des Bundes hinsichtlich der Verständigung zur Ausgestaltung eine Zeitschiene gegeben?

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF) erläutert, es habe auf der JFMK intensive Diskussionen zwischen dem Bund und den Ländern gegeben, inwiefern der festgelegte Maßnahmenkatalog die Maßnahmen, die die Ländern bereits gestartet hätten, unberührt lasse. Die Länder

seien sich darin einig, dass die Maßnahmen nahtlos fortgeführt werden sollten, es sei diesbezüglich aber noch nichts entschieden worden.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer hält fest, lfd. Nrn. 419 und 420 seien damit erledigt.

**Titel 89360 – Standardanpassungen in Einrichtungen des Fachvermögens
der Abt. Jugend**

Ansatz 2022	245.000 €
Ansatz 2023	300.000 €
VE 2022	300.000 €
VE 2023	0 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 100.000 €
Ansatz 2023	+ 50.000 €

Roman Simon (CDU) macht darauf aufmerksam, dass im Zusammenhang mit Baumaßnahmen üblicherweise von anderen Summen gesprochen werde. Was sei der Hintergrund dieses Änderungsantrags? Mit den Mitteln könne ja noch nicht einmal ein Dach gedeckt werden.

Ellen Haußdörfer (SPD) erklärt, in diesem Titel bewegten sich die Mittel in einem Rahmen von rund 350 000 Euro. Der Änderungsantrag nehme erstens die Kürzungen zurück und erhöhe zweitens die Mittel für kleine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen, wie bspw. die Ausbesserung von Regenrinnen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

neu – Kita-Sozialarbeit

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 2.933.000 €
Ansatz 2023	+ 4.895.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

**neu – Pauschale Mehrausgabe zur Stärkung der Kindertagespflege –
Erhöhung Mietkostenzuschuss und Inflationsausgleich**

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 1.000.000 €
Ansatz 2023	+ 2.000.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Zulage für Erzieherinnen und Erzieher zur sprachlichen Weiterbildung

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 100.000 €
Ansatz 2023	+ 2.000.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Ausbildungsvergütung für Erzieherinnen und Erzieher

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+/- 0 €
Ansatz 2023	+ 4.400.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Kapitel 1041 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Familienpolitik und Familienförderung -**

Titel 54079 – Verschiedene Ausgaben

Ansatz 2022	500.000 €
Ansatz 2023	500.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 274.000 €
Ansatz 2023	+ 274.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Ansatz 2022	621.000 €
Ansatz 2023	721.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 250.000 €
Ansatz 2023	+ 300.000 €

Roman Simon (CDU) bringt zur Sprache, einige der Anwesenden hätten am Tag zuvor im Beirat für Familienfragen angemahnt, dass bevor der Beirat über eine Mittelerrhöhung berate ein Konzept erstellt werden solle. Der vorliegenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen beinhalte jedoch einen erheblichen Mittelaufwuchs. Gebe es dafür ein Konzept?

Katrin Seidel (LINKE) antwortet, im Familienbeirat sei deutlich geworden, dass es einen erheblichen Mehrbedarf an Stellenanteilen in der Geschäftsstelle gebe. Des Weiteren solle das Familienportal mehrsprachig, diverser und vielfältiger gestaltet sowie die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden, sodass das Portal seine Lotsenfunktion für Berliner Familien erfüllen könne. Dafür reichten die aktuellen Kapazitäten nicht aus.

Ellen Haubdörfer (SPD) ergänzt, die Koalitionsfraktionen wünschten sich bei der Entwicklung eine enge Begleitung durch SenBJF. Die gestrige Sitzung des Familienbeirats habe gezeigt, dass eine fachliche, inhaltliche sowie technische Betreuung mit digitaler Ausstattung gewünscht sei. Mit dem Änderungsantrag solle dafür Vorsorge getroffen werden.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) spricht an, dass sich die Kritik ihrer Fraktion auf die schnell beschlossenen Stellenerhöhungen bezogen habe. Dass das Portal überarbeitungsbedürftig sei und niederschwelliger sowie barrierefreier werden müsse, sei dagegen unstrittig. Eine kritische Begleitung durch den Familienbeirat schließe ihre Fraktion nicht aus.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68409 – Zuschüsse an Organisationen zur Durchführung von Erholungsreisen

Ansatz 2022	502.000 €
Ansatz 2023	849.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 100.000 €
Ansatz 2023	+/- 0 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68422 – Zuschüsse für Familienberatungsstellen

Ansatz 2022	215.000 €
Ansatz 2023	215.000 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 47.000 €
Ansatz 2023	+ 47.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 110.000 €
Ansatz 2023	+ 150.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68427 – Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen

Ansatz 2022	12.177.000 €
Ansatz 2023	13.405.000 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 800.000 €
Ansatz 2023	+ 800.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 489.000 €
Ansatz 2023	- 1.1667.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 875.000 €
Ansatz 2023 + 575.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

Ansatz 2022 3.999.000 €
Ansatz 2023 4.099.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 300.000 €
Ansatz 2023 + 300.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

neu – Familiengrundschulzentren

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022 + 60.000 €
Ansatz 2023 + 60.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Berliner Familiengeld

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022 + 120.000 €
Ansatz 2023 + 234.064.200 €

VE 2024 234.064.200 €
VE 2025 234.064.200 €
VE 2026 234.064.200 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Berliner Betreuungsgeld

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 1.000 €
Ansatz 2023	+ 1.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Jugend und Kinderschutz –

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Ansatz 2022	65.700 €
Ansatz 2023	65.700 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 14.600 €
Ansatz 2023	- 14.600 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022	4.804.000 €
Ansatz 2023	4.999.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 468.000 €
Ansatz 2023	- 663.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+/- 0 €
Ansatz 2023	+ 72.800 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Ansatz 2022	839.000 €
Ansatz 2023	839.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 330.000 €
Ansatz 2023	+ 330.000 €

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt, ob SenJustVA oder SenBJF für das Childhood-Haus zuständig sei.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) antwortet, das Childhood-Haus sei ein neues Projekt des Netzwerks Kinderschutz. SenBJF arbeite bezüglich der Kinderschutzambulanzen und der Gewaltschutzambulanz sowohl mit SenJustVA als auch mit SenWGPG zusammen. SenBJF stelle dafür der Charité, die das Childhood-Haus betreibe, Geld aus dem Jugendbereich zur Verfügung. Ein Ziel dieses Projekts sei es, mit den Familienrichtern einen gemeinsamen Schlüsselprozess zu vereinbaren, sodass sie bei Fällen von sexueller Gewalt vor Ort seien und die Aussagen der Kinder nur einmal aufgenommen werden müssten. Nach ihrer Einschätzung würden dafür keine zusätzlichen Gelder benötigt.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68424 – Zuschüsse für Eingliederungsmaßnahmen

Ansatz 2022	894.000 €
Ansatz 2023	894.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 130.000 e
Ansatz 2023	+ 130.000 €

Roman Simon (CDU) weist darauf hin, dass von den Maßnahmen zur Resozialisierung Jugendliche betroffen seien, die zwischenzeitlich nicht zu Hause, sondern z. B. in Jugendarrestanstalten gelebt hätten. Sei vor dem Hintergrund, dass der Wohnsitz nach der Entlassung bekannt sei, nicht Straßensozialarbeit sondern vielmehr aufsuchende Sozialarbeit der richtige Ansatz?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erklärt, mit dem Änderungsantrag solle eine vorgenommene Kürzung zurückgenommen werden. Mit diesem Titel werde eine Kooperation von Gangway e. V. mit den JVA's adressiert, die junge Menschen auf das Leben in Freiheit vorbereite.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68425 – Zuschüsse für freie Jugendarbeit

Ansatz 2022	13.015.000 €
Ansatz 2023	21.531.000 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	- 2.671.852 €
Ansatz 2023	- 2.656.852 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 508.000 €
Ansatz 2023	- 2.181.600 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 434.000 €
Ansatz 2023	+ 704.000 €

Klara Schedlich (GRÜNE) erläutert, durch den Mittelaufwuchs sollten neben Projekten der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Berlin e.V. – LKJ – zwei Koordinierungsstellen als Modellversuch finanziert werden, die die bezirklichen Jugendzentren vernetzen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz 2022	8.440.000 €
Ansatz 2023	8.700.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 395.000 €
Ansatz 2023	+ 135.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 550.000 €
Ansatz 2023 + 290.000 €

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

neu – Landesbonus für Pflegeeltern

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022 + 2.520.000 €
Ansatz 2023 + 2.520.000 €

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Mittel zur Finanzierung der Pflegekinderhilfe zu den Hilfen zur Erziehung gehörten, die über die Bezirke finanziert würden. Den Berichten sei zu entnehmen, dass sich die Verbesserung dieser Finanzierung im Diskurs befinde. Es sei hier der falsche Platz, das zu beantragen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

neu – Entlastung für die Jugendämter

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022 + 2.740.000 €
Ansatz 2023 + 2.740.000 €

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Kapitel 1043 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Berliner Notdienst Kinderschutz -**

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz 2022 207.000 €
Ansatz 2023 209.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022 - 8.000 €
Ansatz 2023 - 10.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Ansatz 2022	21.000 €
Ansatz 2023	21.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 21.000 €
Ansatz 2023	- 21.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022	7.798.000 €
Ansatz 2023	7.874.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 878.000 €
Ansatz 2023	- 954.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Kapitel 1045 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -**

Titel 11937 – Rückzahlungen überzahlter Beträge aus Jugendhilfeleistungen

Ansatz 2022	25.000 €
Ansatz 2023	25.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 20.000 €
Ansatz 2023	+ 20.000 €

Paul Fresdorf (FDP) gibt zu bedenken, dass dieser Änderungsantrag bereits der zweite Einnahmetitel sei, der vonseiten der Koalitionsfraktionen erhöht werde. Welche Maßnahmen planen die Koalitionsfraktionen bzw. die Verwaltung, um diese Mehreinnahmen zu generieren?

Franziska Brychey (LINKE) legt dar, die Koalitionsfraktionen hätten dem Änderungsantrag den Ist-Betrag des Jahres 2021 zugrunde gelegt. Der habe mit 48 000 Euro deutlich höher als im Jahr 2020 gelegen. Es könne daher von zukünftig höheren Einnahmen ausgegangen werden.

Roman Simon (CDU) fragt den Senat, ob es 2021 Sondereffekte gegeben habe. Falls nicht, warum gehe der Senat in seinem Entwurf nicht von 48 000 Euro aus? Plane der Senat, eine Schatztruhe anzulegen?

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) antwortet, für eine Schatztruhe sei es zu wenig. 2020 habe der Ist-Betrag bei 29 000 Euro und 2021 bei 48 000 Euro gelegen. Diese Differenz sei vermutlich nicht aufgefallen, aber eine Schatztruhe solle nicht angelegt werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Ansatz 2022	2.148.000 €
Ansatz 2023	600.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 90.000 €
Ansatz 2023	+ 90.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68422 – Zuschüsse für Familienberatungsstellen

Ansatz 2022	4.512.000 €
Ansatz 2023	4.512.000 €

VE 2022	4.512.000 €
VE 2023	0 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 900.000 €
Ansatz 2023	+ 4.512.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer weist darauf hin, dass der Änderungsantrag der Tischvorlage mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen korrespondiere.

Katrin Seidel (LINKE) weist erneut darauf hin, dass der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen unter lfd. Nr. 64 mit dem bereits beschlossenen Änderungsantrag unter lfd. Nr. 67 (neu) Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie –, Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe korrespondiere. Der ursprüngliche Ansatz sei für das Jahr 2023 um 1 Mio. Euro reduziert worden.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer macht darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag der Tischvorlage den ursprünglichen Änderungsantrag in der Synopse ersetze.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 1.300.000 €
Ansatz 2023 + 3.000.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

Ansatz 2022 3.040.000 €
Ansatz 2023 3.040.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 2.000.000 €
Ansatz 2023 + 3.480.000 €

Louis Krüger (GRÜNE) informiert, Corona sei mit den sinkenden Infektionszahlen noch nicht vorbei, sondern die psychosozialen Belastungen blieben für Kinder und Jugendliche weiterhin bestehen. Die Koalitionsfraktionen trügen dem Rechnung und hätten neben den vorhandenen Regelstrukturen einen Extratopf eingerichtet und weitere Gelder eingestellt.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Kapitel 1051 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Titel 23211 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder

Ansatz 2022 1.162.000 €
Ansatz 2023 1.162.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 150.000 €
Ansatz 2023 + 150.000 €

Roman Simon (CDU) erkundigt sich, wie bei der Erhöhung eines Einnahmetitels die Erläuterung „Gegenfinanzierung“ zu verstehen sei.

Ellen Haußdörfer (SPD) antwortet, es werde erwartet, dass die Investitionen in das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg – SFBB – eine Steigerung der Einnahmen bewirkten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Ansatz 2022 1.043.000 €
Ansatz 2023 1.043.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 100.000 €
Ansatz 2023 - 100.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022 - 50.000 €
Ansatz 2023 - 50.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022 3.205.000 €
Ansatz 2023 3.236.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022 - 252.000 €
Ansatz 2023 - 283.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

[Sitzungsunterbrechung von 13.08 Uhr bis 13.35 Uhr]

**Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Politisch-Administrativer Bereich und Service -**

**Titel 23131 – Anteil des Bundes an den Leistungen nach dem
Unterhaltsvorschussgesetz**

Ansatz 2022	59.176.000 €
Ansatz 2023	57.508.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 2.000.000 €
Ansatz 2023	- 2.000.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 28131 – Ersatz von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Ansatz 2022	25.500.000 €
Ansatz 2023	25.500.000 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 2.000.000 €
Ansatz 2023	+ 4.000.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022	1.603.000 €
Ansatz 2023	2.621.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+/- 0 €
Ansatz 2023	- 700.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte

Ansatz 2022	1.895.000 €
Ansatz 2023	1.895.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 500.000 €
Ansatz 2023	- 500.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 51920 – Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT

Ansatz 2022	60.000 €
Ansatz 2023	60.000 €

VE 2022	180.000 €
VE 2023	0 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 4.000 €
Ansatz 2023	- 20.000 €

VE 2022	- 20.000 € (fällig in 2023)
VE 2023	+/- 0 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz 2022	1.600.000 €
Ansatz 2023	1.053.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	- 200.000 €
Ansatz 2023	- 200.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung

Ansatz 2022	1.700.000 €
Ansatz 2023	2.200.000 €
VE 2022	6.600.000 €
VE 2023	4.400.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	- 1.500.000 €
Ansatz 2023	- 1.500.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 650.000 €
Ansatz 2023	- 900.000 €
VE 2022	- 900.000 € (fällig in 2023)
VE 2023	+/- 0 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Ansatz 2022	1.099.000 €
Ansatz 2023	1.199.000 €
VE 2022	3.275.000 €
VE 2023	2.250.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	- 500.000 €
Ansatz 2023	- 500.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 500.000 €
Ansatz 2023	- 500.000 €
VE 2022	- 326.000 € (fällig in 2023)
VE 2023	+/- 0 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68109 – Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Ansatz 2022	147.940.000 €
Ansatz 2023	143.770.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	- 1.940.000 €
Ansatz 2023	- 1.770.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	- 17.699.000 €
Ansatz 2023	- 13.529.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 5.000.000 €
Ansatz 2023	- 5.000.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

MG 32

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln

Ansatz 2022	1.844.000 €
Ansatz 2023	1.344.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 500.000 €
Ansatz 2023 - 500.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

MG 32

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Ansatz 2022 14.714.000 €
Ansatz 2023 15.347.000 €

VE 2022 4.812.000 €
VE 2023 0 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 1.174.000 €
Ansatz 2023 - 1.214.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer weist darauf hin, dass bei dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen die Änderungen unter lfd. Nr. 3 der vorliegenden Tischvorlage zu beachten seien.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 - 200.000 €
Ansatz 2023 +/- 0 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

MG 32

Titel 81243 – Ausbau DataWarehouse Jugend

Ansatz 2022 875.000 €
Ansatz 2023 975.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 250.000 €
Ansatz 2023 - 250.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

MG 32

Titel 81250 – Umsteuerung auf eine zentrale, webbasierte Fachanwendung im Rahmen von eGovernment@School

Ansatz 2022	700.000 €
Ansatz 2023	500.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	- 180.000 €
Ansatz 2023	- 180.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Neu – Task Force Unterhaltsvorschuss

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022	+ 720.000 €
Ansatz 2023	+ 1.440.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 1009 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Personalüberhang –

Vorsitzende Ellen Haubdörfer weist darauf hin, dass zu diesem Kapitel keine Berichtsaufträge beschlossen und keine Änderungsanträge gestellt worden seien.

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 1010 – "Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -"

Titel 11917 – Rückzahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft

Ansatz 2022	5.000.000 €
Ansatz 2023	6.500.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 1.000.000 €
Ansatz 2023 + 1.000.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer weist darauf hin, dass an dieser Stelle ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen nach Ifd. Nr. 8 A – neu – der vorliegenden Tischvorlage eingefügt werde.

**Titel 23213 – Ersatz von Ausgaben durch die Länder für Gastschülerinnen und
Gastschüler an Berliner Schulen**

Ansatz 2022 8.100.000 €
Ansatz 2023 7.600.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 +/- 0€
Ansatz 2023 + 500.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Ansatz 2022 4.598.000 €
Ansatz 2023 4.648.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

2022: +/- 0
2023: +/- 0

TA 14 Qualifizierungspaket Quereinstieg (QuerBer)

Ansatz 2022 2.600.000
Ansatz 2023 2.600.000

2022: - 700.000 €
2023: - 700.000 €

TA 14: In Anbetracht der aktuellen Abschöpfungsquote und des geringeren IST in 2021 erfolgt eine Anpassung, so dass im Teilansatz 14 in den Jahren 2022 und 2023 je 1.900.000,- Euro zur Verfügung gestellt werden. Gegenfinanzierung der Fortbildungen – Bildung in der digitalen Welt (TA 18).

TA 18 Fortbildungen – Bildung in der digitalen Welt

Ansatz 2022 50.000

Ansatz 2023 100.000

2022: + 700.000 €

2023: + 700.000 €

Die Pandemie hat die Notwendigkeit der digitalen Bildung in den Berliner Schulen deutlich gemacht. Der gezielten Aus- und Fortbildung von Pädagogen im Bereich Medienbildung kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die Mittel für die „Fortbildungen – Bildung in der digitalen Welt“ (TA 18) werden daher sowohl in 2022 als auch in 2023 erhöht.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022 7.928.000 €

Ansatz 2023 8.156.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 +/- 0 €

Ansatz 2023 + 213.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf

Ansatz 2022 185.000 €

Ansatz 2023 185.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 +/- 0 €

Ansatz 2023 - 50.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Ansatz 2022	2.407.000 €
Ansatz 2023	5.596.000 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	- 10.000 €
Ansatz 2023	- 47.500 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 20.000 €
Ansatz 2023	- 830.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT

Ansatz 2022	820.000 €
Ansatz 2023	1.386.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 100.000 €
Ansatz 2023	- 100.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 52519 – Maßnahmen zur Sprachbildung und -förderung sowie interkulturellen Öffnung

Ansatz 2022	470.000 €
Ansatz 2023	470.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+/- 0 €
Ansatz 2023	- 70.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 52520 – Maßnahmen für die Begabungsförderung von Schülerinnen und Schülern

Ansatz 2022 1.592.000 €
Ansatz 2023 1.592.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 300.000 €
Ansatz 2023 - 300.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 - 300.000 €
Ansatz 2023 - 300.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache zu.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer weist darauf hin, dass wegen des Verbots der Doppelabstimmung über den identischen, aber zeitlich später eingereichten Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen nicht abgestimmt werde.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022 + 800.000 €
Ansatz 2023 + 1.450.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Ansatz 2022 2.497.000 €
Ansatz 2023 2.945.000 €

VE 2022 1.014.000 €
VE 2023 550.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 110.000 €
Ansatz 2023 - 110.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 360.000 €
Ansatz 2023	+ 910.000 €
VE 2022	+/- 0 €
VE 2023	+ 850.000 € (fällig in 2024)

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 63207 – Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder

Ansatz 2022	502.000 €
Ansatz 2023	502.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	- 100.000 €
Ansatz 2023	- 100.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68101 – Stipendien, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen

Ansatz 2022	1.200.000 €
Ansatz 2023	1.200.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 375.000 €
Ansatz 2023	+ 2.625.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68511 – Zuschuss an den Lette-Verein

Ansatz 2022	15.628.000 €
Ansatz 2023	14.885.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 9.300 €
Ansatz 2023	201.120 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 20.000 €
Ansatz 2023	+ 200.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz 2022	11.102.000 €
Ansatz 2023	12.057.000 €
VE 2022	843.000 €
VE 2023	843.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 370.000 €
Ansatz 2023	+ 1.365.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	- 936.030 €
Ansatz 2023	- 936.030 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 37.000 €
Ansatz 2023	+ 37.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 1.958.500 €
Ansatz 2023 + 1.923.500 €

VE 2022 + 152.000 € (fällig in 2023)
VE 2023 + 733.000 € (fällig in 2024)

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 68585 – Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich

Ansatz 2022 2.122.000 €
Ansatz 2023 2.122.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 890.000 €
Ansatz 2023 - 890.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022 + 100.000 €
Ansatz 2023 + 100.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 375.000 €
Ansatz 2023 + 395.000 €

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erklärt, die Koalitionsfraktionen sähen die kulturelle Bildung gerade nach der Coronapandemie als besonders wichtig an. Zudem fänden Kinder und Jugendliche durch die kulturelle Bildung den Zugang zu Kunst und Kultur. Es sei verwunderlich, dass sich die Oppositionsfraktionen in diesem Bereich übertrieben sparsam zeigten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion zu.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

Ansatz 2022	222.000 €
Ansatz 2023	372.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 150.000 €
Ansatz 2023	+/- 0 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

neu – Sondermaßnahme zur Lehrkräftegewinnung: Nahverkehrsticket ABC

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 100.000 €
Ansatz 2023	+ 200.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Sondermaßnahme zur Lehrkräftegewinnung: Zulage für Lehrkräfte aus anderen Bundesländern

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 500.000 €
Ansatz 2023	+ 1.000.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Kommission zur Überarbeitung der Rahmenlehrpläne

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 12.000 €
Ansatz 2023	+ 100.000 €

VE 2024	+ 160.000 €
VE 2025	+ 100.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Projekt „Offene Schuldaten – Mehr Transparenz im Schulsystem“

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 340.000 €
Ansatz 2023	+ 478.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Neu – Landesprogramm „Musikalische Bildung“

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 12.000 €
Ansatz 2023	+ 432.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Kapitel 1011 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Schulische Berufliche Bildung –**

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022	4.675.000 €
Ansatz 2023	4.859.000 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	- 1.632.000 €
Ansatz 2023	- 1.816.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Ansatz 2022	165.000 €
Ansatz 2023	165.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	- 150.000 €
Ansatz 2023	- 150.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Ansatz 2022	210.000 €
Ansatz 2023	340.000 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	+ 160.000 €
Ansatz 2023	+ 172.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 100.000 €
Ansatz 2023	+ 100.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Ansatz 2022	176.000 €
Ansatz 2023	206.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	- 50.600 €
Ansatz 2023	- 50.600 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 5.500 €
Ansatz 2023	+ 5.500 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 53405 (neu) – Sachausgaben gemäß § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 5 Schulgesetz

Ansatz 2022	0 €
Ansatz 2023	1.300.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+/- 0 €
Ansatz 2023	- 300.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

**Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement
(ohne Aus- und Fortbildung)**

Ansatz 2022	313.000 €
Ansatz 2023	313.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 50.000 €
Ansatz 2023	- 100.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 63621 – Beiträge an die Unfallkasse

Ansatz 2022	5.957.000 €
Ansatz 2023	5.957.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 900.000 €
Ansatz 2023	- 900.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz 2022	1.523.000 €
Ansatz 2023	2.589.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 240.000 €
Ansatz 2023	+ 240.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

[Sitzungsunterbrechung von 14.23 Uhr bis 14.40 Uhr]

**Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden, beruflichen und zentral
verwalteten Schulen –**

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022	22.585.000 €
Ansatz 2023	23.309.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 433.000 €
Ansatz 2023	+ 1.133.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022	1.946.000 €
Ansatz 2023	1.839.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 372.000 €
Ansatz 2023	+ 909.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 51426 (neu) – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke

Ansatz 2022	46.721.000 €
Ansatz 2023	1.000 €

Änderungsantrag AfD-Fraktion

Ansatz 2022	- 19.371.927,48 €
Ansatz 2023	+/- 0 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte

Ansatz 2022	80.200 €
Ansatz 2023	80.200 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 75.000 €
Ansatz 2023	- 75.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 51903 – Unterhaltung der Gartenanlagen

Ansatz 2022	224.000 €
Ansatz 2023	211.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 110.000 €
Ansatz 2023	+ 123.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Ansatz 2022	643.000 €
Ansatz 2023	2.132.000 €

VE 2022	1.500.000 €
VE 2023	0 €

Änderungsantrag Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 200.000 €
Ansatz 2023	+ 400.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 15.000 €
Ansatz 2023 + 15.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT

Ansatz 2022 30.946.000 €
Ansatz 2023 47.271.000 €

VE 2022 42.300.000 €
VE 2023 104.000.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 - 3.730.000 €
Ansatz 2023 - 6.500.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 52610 – Gutachten

Ansatz 2022 2.465.000 €
Ansatz 2023 2.465.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 500.000 €
Ansatz 2023 - 500.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 53104 – Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten

Ansatz 2022 58.000 €
Ansatz 2023 88.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 37.000 €
Ansatz 2023 + 100.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

**Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement
(ohne Aus- und Fortbildung)**

Ansatz 2022 820.000 €
Ansatz 2023 820.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 200.000 €
Ansatz 2023 - 200.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 - 200.000 €
Ansatz 2023 - 300.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 54062 – Maßnahmen im Rahmen des eEducation Masterplans

Ansatz 2022 4.710.000 €
Ansatz 2023 4.910.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022 - 800.000 €
Ansatz 2023 - 800.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 67139 – Jugendsozialarbeit nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz

Ansatz 2022 43.447.000 €
Ansatz 2023 44.300.000 €

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022 +/- 0 €
Ansatz 2023 +/- 0 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz 2022 468.000 €
Ansatz 2023 468.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 57.000 €
Ansatz 2023 + 57.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

MG 03

**Titel 42780 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur
Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**

Ansatz 2022 1.000 €
Ansatz 2023 1.000 €

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022 + 1.079.234 €
Ansatz 2023 + 1.079.234 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

MG 03

Titel 42880 – Entgelte der nichtplanmäßigen Lehrkräfte aus dem Verfügungsfonds

Ansatz 2022 1.000 €
Ansatz 2023 1.000 €

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022 + 205.400 €
Ansatz 2023 + 205.400 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

MG 03

**Titel 51980 – Kleine Instandhaltungsarbeiten zur Unterstützung von Schulen
aus dem Verfügungsfonds**

Ansatz 2022 0 €
Ansatz 2023 0 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022 + 1.000 €
Ansatz 2023 + 1.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

MG 03

**Titel 52580 – Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen
aus dem Verfügungsfonds**

Ansatz 2022 2.516.000 €
Ansatz 2023 2.420.000 €

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022 + 2.480.000 €
Ansatz 2023 + 2.576.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

MG 03

Titel 53380 – Sachausgaben für Schulbibliotheken

Ansatz 2022 830.000 €
Ansatz 2023 380.000 €

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022 + 4.170.000 €
Ansatz 2023 + 4.620.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

MG 03

Titel 53480 – Sachausgaben zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds

Ansatz 2022	1.000 €
Ansatz 2023	1.000 €

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 2.423.000 €
Ansatz 2023	+ 2.995.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022	+ 4.218.683,51 €
Ansatz 2023	+ 4.218.683,51 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

MG 03

Titel 68480 – Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds

Ansatz 2022	1.000 €
Ansatz 2023	1.000 €

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022	+ 969.724,93 €
Ansatz 2023	+ 969.724,93 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

MG 31

Titel 51160 (neu) – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT

Ansatz 2022	2.258.000 €
Ansatz 2023	2.258.000 €

VE 2022	6.774.000 €
VE 2023	4.516.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	- 500.000 €
Ansatz 2023	- 500.000 €
VE 2022	- 500.000 € (fällig in 2023)
VE 2023	+/- 0 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

neu – Wendepunkt Brennpunkt – Externes Schulmanagement

Änderungsantrag Fraktion der AfD

Ansatz 2022	+ 400.000 €
Ansatz 2023	+ 867.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**neu – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft als Schulgeldersatz für
Schülerinnen und Schüler mit Familien im Transferbezug zur Förderung
nach dem Bildungs- und Teilhabepakets (BuT)**

Änderungsantrag Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 4.300.000 €
Ansatz 2023	+ 4.300.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 1014 – Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Ansatz 2022	945.000 €
Ansatz 2023	954.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+/- 0 €
Ansatz 2023	+ 69.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 52513 – Politische Bildungsarbeit

Ansatz 2022	727.000 €
Ansatz 2023	797.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 45.000 €
Ansatz 2023	+ 90.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz 2022	854.000 €
Ansatz 2023	874.000 €

Änderungsantrag Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ansatz 2022	+ 100.000 €
Ansatz 2023	+ 150.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion ohne Aussprache zu.

Kapitel 1015 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundschulen –

Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Ansatz 2022: 552.266.000 €

Ansatz 2023: 577.740.000 €

Änderungsantrag FDP
unter lfd. Nr. 295 bzw. 296

2022: - 3.413.000 €

2023: - 8.191.000 €

Änderungsantrag CDU
unter lfd. Nr. 295 bzw. 296

2022: - 3.413.000 €

2023: - 8.191.000 €

Änderungsantrag SPD/GRÜNE/LINKE
unter lfd. Nr. 295 bzw. 296

2022: +/- 0 €

2023: + 1.297.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer weist darauf hin, dass wegen des Verbots der Doppelabstimmung über den identischen, aber zeitlich später eingereichten Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht abzustimmen sei; dieser sei erledigt.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Ansatz 2022: 96.538.000 €

Ansatz 2023: 96.966.000 €

Änderungsantrag AfD

2022: +/- 0 €

2023: +/- 0 €

VE 2024: 101.062.950,51 €

VE 2025: 101.062.950,51 €

VE 2026: 101.062.950,51 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 1016 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gemeinschaftsschulen -

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Ansatz 2022: 0 €

Ansatz 2023: 0 €

Änderungsantrag SPD/GRÜNE/LINKE

2022: + 267.000 €

2023: + 267.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Ansatz 2022: 63.145.000 €

Ansatz 2023: 65.060.000 €

Änderungsantrag AfD

unter lfd. Nr. 305 bzw. 306

2022: +/- 0 €

2023: +/- 0 €

VE 2024: 68.685.170,73 €

VE 2025: 68.685.170,73 €

VE 2026: 68.685.170,73 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz 2022: 622.000 €

Ansatz 2023: 622.000 €

VE 2022: 323.000 €

VE 2023: 323.000 €

Änderungsantrag SPD/GRÜNE/LINKE

unter lfd. Nr. 307 bzw. 308

2022: + 50.000 €

2023: + 65.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Kapitel 1018 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gymnasien -

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Ansatz 2022: 45.938.000 €

Ansatz 2023: 47.331.000 €

Änderungsantrag AfD
unter lfd. Nr. 313

2022: +/- 0 €

2023: +/- 0 €

VE 2024: 53.616.088,86 €

VE 2025: 53.616.088,86 €

VE 2026: 53.616.088,86 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Entgelte für Verwaltungsleiter und -leiterinnen (Gymnasium)

Ansatz 2022: 0 €

Ansatz 2023: 0 €

Änderungsantrag FDP

2022: + 1.700.000 €

2023: + 2.500.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 1019 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Integrierte Sekundarschulen -

Titel 42805 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Ansatz 2022: 288.620.000 €

Ansatz 2023: 296.226.000 €

Änderungsantrag FDP

2022: - 5.300.000 €

2023: - 5.000.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 46101 – Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben

Ansatz 2022: 26.431.000 €

Ansatz 2023: 42.424.000 €

Änderungsantrag SPD/GRÜNE/LINKE

2022: - 869.000 €

2023: - 3.900.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Ansatz 2022: 50.405.000 €

Ansatz 2023: 51.934.000 €

Änderungsantrag AfD

2022: +/- 0 €

2023: +/- 0 €

VE 2024: 55.843.010,75 €

VE 2025: 55.843.010,75 €

VE 2026: 55.843.010,75 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz 2022: 3.814.000 €

Ansatz 2023: 3.814.000 €

VE 2022: 1.977.000 €

VE 2023: 1.977.000 €

Änderungsantrag SPD/GRÜNE/LINKE

unter lfd. Nr. 321

2022: + 315.000 €

2023: + 400.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ohne Aussprache zu.

neu – Entgelte für Personal in Sozialarbeit an Integrierten Sekundarschulen

Ansatz 2022: 0 €

Ansatz 2023: 0 €

Änderungsantrag FDP

2022: + 5.000.000 €

2023: + 7.500.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Entgelte für Verwaltungsleiter und -leiterinnen (Integrierte Sekundarschule)

Ansatz 2022: 0 €

Ansatz 2023: 0 €

Änderungsantrag FDP

2022: + 1.700.000 €

2023: + 2.500.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Kapitel 1020 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Sonderpädagogische Förderzentren -**

**Titel 67181 – Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit
sonderpädagogischem Förderbedarf**

Ansatz 2022: 36.410.000 €

Ansatz 2023: 37.515.000 €

Änderungsantrag FDP
unter lfd. Nr. 326

2022: + 1.800.000 €

2023: + 1.800.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Ansatz 2022: 23.424.000 €

Ansatz 2023: 24.135.000 €

Änderungsantrag AfD

2022: +/- 0 €

2023: +/- 0 €

VE 2024: 27.022.906,71 €

VE 2025: 27.022.906,71 €

VE 2026: 27.022.906,71 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

**Kapitel 1021 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -**

**Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher
Verpflichtungen aus dem Facility Management**

Ansatz 2022: 85.200.000 €

Ansatz 2023: 85.204.000 €

Änderungsantrag FDP

2022: - 2.000.000 €

2023: - 2.000.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT

Ansatz 2022: 4.635.000 €

Ansatz 2023: 4.635.000 €

Änderungsantrag FDP

2022: - 2.000.000 €

2023: - 2.000.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Ansatz 2022: 813.000 €

Ansatz 2023: 813.000 €

Änderungsantrag SPD/GRÜNE/LINKE
unter lfd. Nr. 340

2022: + 1.520.000 €

2023: + 1.520.000 €

Klara Schedlich (GRÜNE) erklärt, mit diesem Änderungsantrag wolle man in den Jahren 2022 und 2023 Mittel für IT-Administratoren an den beruflichen Schulen bereitstellen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Ansatz 2022: 84.844.000 €

Ansatz 2023: 84.574.000 €

Änderungsantrag AfD

unter lfd. Nr. 344

2022: +/- 0 €

2023: +/- 0 €

VE 2024: 78.536.577,70 €

VE 2025: 78.536.577,70 €

VE 2026: 78.536.577,70 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Entgelte für Personal in der Sozialarbeit an den OSZ

Ansatz 2022: 0 €

Ansatz 2023: 0 €

Änderungsantrag FDP

2022: + 2.300.000 €

2023: + 2.300.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

neu – Evaluation der Berufsorientierung

Ansatz 2022: 0 €

Ansatz 2023: 0 €

Änderungsantrag FDP

2022: + 70.000 €

2023: + 70.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 1022 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Staatliche Technikerschule -

Vorsitzende Ellen Haubdörfer weist darauf hin, dass zu diesem Kapitel keine Berichtsaufträge beschlossen und keine Änderungsanträge gestellt worden seien.

**Kapitel 1023 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -**

Keine Wortmeldung.

**Kapitel 1024 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -**

neu – Aufbau eines Elitegymnasiums

Ansatz 2022: 0 €

Ansatz 2023: 0 €

Änderungsantrag AfD

2022: + 400.000 €

2023: + 560.000 €

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer stellt fest, dass damit die Einzelberatung abgeschlossen sei. Es bestehe Einvernehmen, dass die Berichtsaufträge mit der Vorlage der Berichte durch Sen-BildJugFam und den heutigen mündlichen Erläuterungen erledigt seien. Nun stehe die Schlussabstimmung an.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme von Einzelplan 10 mit den beschlossenen Änderungen zu empfehlen. Ebenso beschließt er, die Annahme von Einzelplan 12, Kapitel 1250, MG 10 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –, ohne Änderungen und von Einzelplan 27, Kapitel 2710, Aufwendungen der Bezirke – Bildung, Jugend und Familie –, mit der beschlossenen Änderung zu empfehlen. (Zu den beschlossenen Änderungen siehe auch Anlage zum Beschlussprotokoll.)

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.